

Lutherischer Weltbund – eine Kirchengemeinschaft

150, route de Ferney
Postfach 2100
CH-1211 Genf 2, Schweiz

Telefon: +41/22-791 61 11
Fax: +41/22-791 66 30
E-Mail: info@lutheranworld.org
www.lutheranworld.org

Chefredakteurin

Karin Achtelstetter
ka@lutheranworld.org

Deutsche Ausgabe

Dirk-Michael Gröttsch
dmg@lutheranworld.org

Englische Ausgabe

Pauline Mumia
pmu@lutheranworld.org

Layout

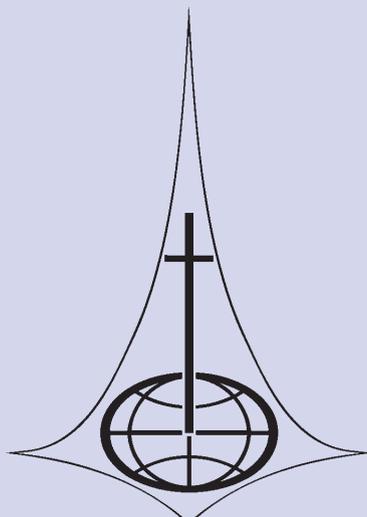
Stéphane Gallay
sga@lutheranworld.org

Vertrieb/Abonnement

Janet Bond-Nash
jbn@lutheranworld.org

Die Lutherische Welt-Information (LWI) wird als Informationsdienst des Lutherischen Weltbundes (LWB) herausgegeben.

Veröffentlichtes Material gibt, falls dies nicht besonders vermerkt ist, nicht die Haltung oder Meinung des LWB oder seiner Arbeitseinheiten wieder. Die in der Lutherischen Welt-Information mit „LWI“ gekennzeichneten Beiträge können kostenlos mit Quellenangabe abgedruckt werden.



Zweiter IFAPA-Gipfel verabschiedet Kopanong-Manifest

VertreterInnen der grossen afrikanischen Glaubensgemeinschaften haben die Bedeutung fortgesetzter interreligiöser Bemühungen im Blick auf die Probleme, mit denen der Kontinent konfrontiert ist, bekräftigt. In einer Demonstration von Solidarität und gegenseitiger Akzeptanz am Ende des Zweiten IFAPA-Gipfels verabschiedeten die TeilnehmerInnen einstimmig das „Kopanong-Manifest“ und empfahlen darin einen „echt spirituellen Ansatz“ im Umgang mit den Problemen in Afrika, einschliesslich der Frage von Konflikten.



Religion ist untrennbar mit der afrikanischen Gesellschaft verbunden: Delegierte des Zweiten IFAPA-Gipfels in Johannesburg (Südafrika). © LWB/Andreas Vlachakis

Man könne in Afrika, so die TeilnehmerInnen, Religion und Gesellschaft nicht voneinander trennen. Bei der Tagung waren Delegierte der Traditionellen afrikanischen Religion, von Bahaismus, Buddhismus, Christentum, Hinduismus, Islam, Judentum und Rastafarianismus vertreten.

(siehe ab Seite 21)

Themen dieser Ausgabe

FEATURE: „Litauen fühlte sich nie abgeschnitten von Europa“ 5

Seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ Anfang der 1990er Jahre und der daraus folgenden Entstehung neuer unabhängiger Staaten gab es eine Reihe bedeutender politischer Veränderungen in Europa...

„Ökumene als Weg zur gelebten Einheit“ 7

Als die lutherische Theologie in den 1960er Jahren einen Ort für ihr ökumenisches Institut suchte, fiel die Wahl auf die im Elsass gelegene Stadt Strassburg (Frankreich)...

LWB bittet um Segen, Kraft und Leitung für Papst Benedikt XVI. 9

Der Lutherische Weltbund (LWB) hat dazu aufgerufen, Gott um Segen, Kraft und Leitung für Papst Benedikt XVI. zu bitten, „dem nun eine schwere Last der Verantwortung auferlegt wird“...

Kirchen sollen Gemeinschaft über Wasserproblematik in Afrika aufklären 12

Die Kirchen sollen ihre Gemeinden und Gemeinwesen über Fragen des Wasserschutzes und der Wasserversorgung aufklären, um dem verheerenden Problem entgegenzutreten, von dem Millionen Menschen in Afrika betroffen seien...

Aus dem Inhalt

Communio

- 3..... **Bischof Edmund Ratz zum Erzbischof der ELKRAS gewählt**
- 3..... **Eine Herausforderung – „Zusammenstehen trotz aller Differenzen“**
- 5..... **FEATURE: „Litauen fühlte sich nie abgeschnitten von Europa“**

LWB-Sekretariat

- 7..... **„Ökumene als Weg zur gelebten Einheit“**
- 7..... **Auslandsverschuldung auf Vereinbarkeit mit Menschenrechten prüfen**
- 8..... **LWB fordert Beseitigung aller Formen religiöser Diskriminierung**
- 8..... **LWB kritisiert Landverteilungspraxis in Kambodscha**
- 9..... **LWB bittet um Segen, Kraft und Leitung für Papst Benedikt XVI.**
- 10..... **LWB beteiligt sich an Aktionen für fairen Handel weltweit**
- 11..... **„Wasserverschwendung war ein Tabu“**
- 12..... **Kirchen sollen Gemeinschaft über Wasserproblematik in Afrika aufklären**
- 13..... **Wie können Begegnungen der Kulturen einen Wandel herbeiführen?**

Features & Themen

Zweiter Gipfel der Interreligiösen Initiative für Frieden in Afrika

- 15..... **Südafrikanische Ministerin: Konfliktverhütende Strategien müssen Vorrang haben**
- 16..... **FEATURE: Kulturelle und politische Vorurteile versperren Frauen Zugang zu leitenden Positionen**
- 17..... **VerantwortungsträgerInnen aus Religion und Gesellschaft fordern Gesinnungswandel zum Wohle Afrikas**
- 19..... **Interreligiöse Kampagne zum Wohle Afrikas eröffnet**
- 20 **Missbrauch heiliger Schriften zur Rechtfertigung von Kriegen verurteilt**
- 21..... **Zweiter IFAPA-Gipfel verabschiedet Kopanong-Manifest**
- 23 **Kongo: ReligionsführerInnen wünschen interreligiöses Eingreifen zur Beendigung des Konflikts**
- 24 **Medienarbeit soll Frieden in Afrika und weltweit fördern**
- 26 **FEATURE: Interreligiöse Initiative in Afrika unterstützt überlebende Landminen-Opfer**

Kurznachrichten

- 2..... **Nicholas Tai wird Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Hongkong**
- 14..... **Neue LWB-Veröffentlichung zu wirtschaftlicher Globalisierung**
- 14..... **Alfred Eichholz neuer Bischof der lutherischen Kirche in Kirgisistan**
- 14..... **Neue KALME-Webseite online: www.kalme.net**
- 25 **Uraufführung von Luther-Oper in Bratislava**
- 25 **Kanadische LutheranerInnen stimmen über Segnung gleichgeschlechtlicher Paare ab**
- 25 **Barbara-Maria Vahl neue Pressesprecherin des Diakonischen Werkes**
- 28 **Zweiter Ökumenischer Kirchentag 2010 in München geplant**

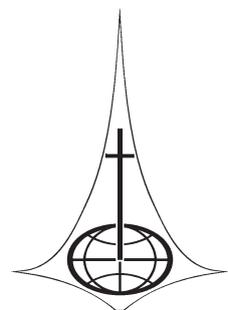
Nicholas Tai wird Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Hongkong

Die Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche Hongkong (ELKHK) hat Mitte März **Pfr. Dr. Nicholas Tai** zum Bischof gewählt. Tai wird Nachfolger von Kirchenpräsidentin Pfarrerin Josephine Tso. Die Synode traf ebenfalls die Entscheidung, dass der Kirche zukünftig ein Bischof/eine Bischöfin vorsteht. Bisher wurde die Kirche von einem Präsidenten/einer Präsidentin geleitet. Die Amtseinführung von Bischof Tai soll am 12.

Juni stattfinden, offiziell übernimmt er die Leitung der Kirche am 1. Juli.

Präsidentin Tso, die auch der Internationalen anglikanisch-lutherischen Kommission (Anglican-Lutheran International Commission – ALIC) angehört, stand der Kirche seit 1996 drei Amtsperioden vor.

Die ELKHK gehört seit 1957 zum Lutherischen Weltbund (LWB) und hat rund 13.500 Mitglieder. (112 Wörter)



Bischof Edmund Ratz zum Erzbischof der ELKRAS gewählt

Trotz Mitgliederschwund optimistisch in die Zukunft blicken

St. Petersburg (Russland)/Genf, 26. Mai 2005 (LWI) – Die Generalsynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland und anderen Staaten (ELKRAS) hat Bischof Dr. Dr. Edmund Ratz zum neuen Erzbischof der ELKRAS gewählt. Die Synodalen wählten den 72-jährigen Bischof der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche in der Ukraine (DELKU) am 28. April bei vier Stimmenthaltungen zum Nachfolger von Erzbischof D. Georg Kretschmar (79), der aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt zurückgetreten war. Die Amtseinführung fand am 29. April in der Petrikerche zu St. Petersburg (Russland) statt. Die Generalsynode der ELKRAS tagte vom 26. bis 29. April in St. Petersburg.

In einem Glückwunschsreiben gratulierte der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB), Pfr. Dr. Ishmael Noko, Ratz im Namen der lutherischen Gemeinschaft zur Wahl zum Erzbischof. Das LWB-Sekretariat werde ihn und die ELKRAS „jederzeit tatkräftig unterstützen“, wann immer die Hilfe benötigt werde, so Noko.

Im Anschluss an seine Wahl erklärte Ratz, er hoffe, dass diese Generalsynode „eine vertrauensvolle Grundlage für den weiteren Weg der ELKRAS“ sein werde.

Edmund Ratz wurde am 4. April 1933 in Zeitlofs (Nordbayern/Deutschland) geboren. Nach dem Jura- und Theologiestudium in Erlangen, Heidelberg, Göttingen, Hamburg und Neuendettelsau (alle Deutschland) sowie in Oberlin (Ohio/USA) arbeitete er als Pfarrer in Bayern (1960 bis 1965) sowie in Grossbritannien (1965 bis



Der neu gewählte Erzbischof der ELKRAS, Dr. Dr. Edmund Ratz (li.), und sein Amtsvorgänger, Erzbischof D. Georg Kretschmar (re.). © ELKRAS

1969). In den Jahren 1969 bis 1977 leitete er den Lutherischen Rat von Grossbritannien. Von 1977 bis 1981 war er Ökumenereferent der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und von 1982 bis 1998 Geschäftsführer des Ausschusses für Kirchliche Zusammenarbeit und Weltdienst des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB) in Stuttgart (Deutschland).

1999 wurde Ratz zum Bischöflichen Visitator der DELKU ernannt, im September 2000 wählten ihn die Delegierten der Siebenten Synode der DELKU zu ihrem Bischof.

Nach Angaben der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern wird Dekan Georg Güntsch aus Castell (Nordbayern/Deutschland) im Herbst dieses Jahres die Nachfolge von Ratz als Bischof in der Ukraine antreten.

Die ELKRAS, zu der lutherische Gemeinden vorwiegend deutscher

Tradition in Russland und anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion gehören, hat nach Angaben der ELKRAS-Generalsynode weit weniger Mitglieder als bisher angenommen. Infolge der Auswanderung vieler Russlanddeutscher gehören der Kirche nur noch knapp 16.000 Menschen an. Bisher hatte die ELKRAS rund 250.000 Mitgliedern angegeben.

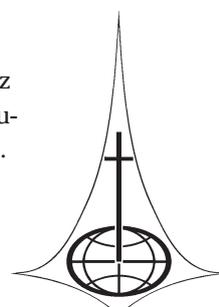
Es gebe dennoch Grund, optimistisch in die Zukunft zu blicken, berichtete der scheidende ELKRAS-Erzbischof Kretschmar dem Evangelischen Pressedienst (epd). Es gebe überall auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR wieder lebendige Gemeinden, denen auch junge Leute angehörten. (404 Wörter)

Eine Herausforderung – „Zusammenstehen trotz aller Differenzen“

Nordamerikanische Regionalkonsultation berät über Probleme der LWB-Kirchen weltweit

Chicago (USA)/Genf, 26. Mai 2005 (LWI/ELKA News) – „Die Bande der Gemeinschaft vertiefen“ war das Thema einer Konsultation des Lutherischen Weltbundes (LWB)

für seine Mitgliedskirchen in Nordamerika vom 31. März bis 2. April in Chicago (USA), zu der die Evangelisch-Lutherische Kirche in Amerika (ELKA) eingeladen hatte.



Ausgehend von der derzeitigen Diskussion über Fragen der menschlichen Sexualität diskutierten die 35 TeilnehmerInnen die wechselseitige Verbundenheit der lutherischen Kirchen in der ganzen Welt in den Fragen von Mission und Gerechtigkeit. Ziel der Konsultation war es, „die Kirchenführer und Kirchen-



TeilnehmerInnen des Treffens der nordamerikanischen LWB-Mitgliedskirchen in Chicago (USA). © LWB

führerinnen zu einem Dialog zusammenzuführen, der zu wechselseitiger Verbundenheit und zum Teilen der Gaben zwischen und unter den LWB-Mitgliedskirchen in Nordamerika ermutigt, und ihnen ihre Verantwortung innerhalb der weltweiten lutherischen Gemeinschaft bewusst zu machen“.

In seinem Hauptreferat unter dem Thema „Verpflichtet, gemeinsam auf dem Weg zu sein: Der LWB als eine Gemeinschaft von Kirchen“ nahm der Generalsekretär des LWB, Pfr. Dr. Ishmael Noko, Bezug auf die vielen – theologischen, liturgischen und kulturellen – „Ströme“, die im LWB zusammenfließen und mit geistlichen und materiellen Gütern gesegnet seien, um Gottes Gnade, das Evangelium und die Mission in der Welt Gestalt werden zu lassen. „Es gibt Momente in unserem Leben, in denen wir gemeinsam füreinander eintreten müssen“, betonte Noko.

Vier der insgesamt 138 LWB-Mitgliedskirchen gehören zur LWB-Region Nordamerika: die Estnische Evangelisch-Lutherische Kirche im Ausland (in Kanada) und die Evangelisch-Lutherische Kirche in Kanada (ELKIK), die ELKA sowie die Litauische Evangelisch-Lutherische Kirche in der Diaspora (in den USA).

Bischof Hans G. Dumpys von der litauischen Kirche beschrieb die Flucht der baltischen LutheranerInnen nach dem II. Weltkrieg nach Nordamerika, durch die sie sich der kommunistischen Herrschaft in ihrer Heimat entziehen wollten. Die litauische Kirche sei „eine ethnische Enklave“ in den USA, so Dumpys. Ihre Gottesdienste fänden in litauischer Sprache und in der litauischen Tradition statt; der Stolz auf ihre Kultur trenne sie jedoch von den anderen LutheranerInnen in Nordamerika, stellte er fest.

Der Leitende Bischof der ELKA, Mark S. Hanson, erklärte, in den USA „gemeinsam auf dem Weg zu sein“, bedeute Einvernehmen auch in Machtfragen. Eine Gemeinschaft von Kirchen, die aus der Gnade Gottes und des Heiligen Geistes gemeinsam auf dem Weg sei, habe Macht. Das einander „Begleiten“ habe die Beziehungen der ELKA zu LutheranerInnen in anderen Kirchen und Kulturen neu bestimmt – im Sinne von einander Zuhö-

ren, Geben und Empfangen, sagte er. Hanson wurde im Juli 2003 zum Präsidenten des LWB gewählt.

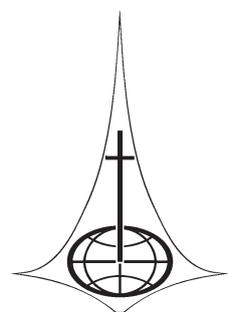
Der Nationalbischof der ELKIK, Raymond L. Schultz, führte aus, seine Kirche sei eine Kirche von Einwanderern/Einwanderinnen, die darum ringe, sich als Kirche in der Mission für andere zu verstehen und nicht nur Kirche für sich selbst zu sein. Die Kirchen sprächen zwar von Gemeinschaft und wechselseitiger Verbundenheit, sie gerieten jedoch in den Sog der nordamerikanischen Kultur des Individualismus, so Schultz.

Der Studienleiter der ELKA-Studie über Sexualität, Pfr. James M. Childs Jr., und Bischöfin Margaret G. Payne (Neu-England-Synode), Vorsitzende der 14-köpfigen Arbeitsgruppe für die Studie über Sexualität, berichteten über die Arbeit der Gruppe und ihre Empfehlungen zur Segnung gleichgeschlechtlicher Paare. Die Empfehlungen befürworteten, dass Menschen, die in solchen Beziehungen leben, in der Kirche auch als Geistliche Dienst tun können.

Ähnliche Beschlüsse im Blick auf gleichgeschlechtliche Partnerschaften plane die ELKIK für den Sommer, berichtete Nationalbischof Schultz. In einer Podiumsdiskussion gingen fünf internationale Gäste auf die Berichte und Probleme ihrer jeweiligen Kirchen ein.

Der Präsident der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche (IELU) in Argentinien, Pfr. Alan Eldrid, berichtete, dass die ArgentinierInnen der Homosexualität eine grössere Offenheit entgegenbringen würden. Als Ursache benannte er, dass die Menschen offenbar den Medien stärker ausgesetzt seien, während die Kirchen stärker von dem Schutz der Menschenrechte beansprucht würden. „Für uns ist der freie Markt ein ungerechter Markt“, betonte er. „In unser Land dringen Unternehmen ein, die unsere Menschen ausplündern.“

Die japanische Kultur habe keine Probleme damit gehabt, über Sexualität zu diskutieren, bis die christlichen Missionare gekommen seien, erklärte der Präsident der Japanischen Lutherischen Theologischen Hochschule, Dr. Naozumi Eto. Die Kirche bemühe sich in der Gesellschaft heute um die Akzeptanz von Minderheiten, auch sexueller Minderheiten, so Eto. Er



wies darauf hin, dass die japanische Gesellschaft sehr schnell altere und die lutherische Kirche in Japan sich vor allem jungen Menschen zuwenden müsse. Dies nicht nur um der Erhaltung der Kirche willen, sondern auch deshalb, weil die jüngeren Generationen unter Isolierung, Rückzug, Gewalt und allgemeinem Mangel an geistlicher Wegweisung litten.

Der namibische Theologe Prof. Paul J. Isaak, Leiter des Fachbereichs Religion und Theologie der Universität Namibia, erinnerte daran, dass Luther das Zölibat aufgegeben, zu Homosexualität aber nichts gesagt habe. Die Kirche in Namibia arbeite an einer „Theologie der Särge“. Dies hänge mit ihrer Geschichte zusammen, die vom Tod gezeichnet sei – von Sklaverei, Kolonialismus, Krieg und von der HIV/AIDS-Pandemie. Für Isaak stellt sich im Blick auf Kirche und Gesellschaft insbesondere die Frage, „was wir tun müssen, um Leben zu bewahren und sinnloses Sterben zu verhindern“.

Margaret Obaga, Koordinatorin der Frauenarbeit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Kenia (KELK), berichtete, Homosexualität sei für KenianerInnen ein relativ neues Thema, bei dem es im Wesentlichen darum gehe, dass sie von der Anglikanischen Kirche in Kenia verurteilt werde. In der kenianischen Gesellschaft sei es, so Obaga, noch immer anstößig, öffentlich über Sex zu sprechen.

„Anständige Leute reden nicht über Sex“ in Indien, erklärte Dr. Sheila Shyamprasad, HIV/AIDS-Programmkoodinatorin der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Indien (VELKI). Sie berichtete, dass es schwierig sei, den/die DurchschnittsinderInnen davon zu überzeugen, dass Sex nichts „Schmutziges“ sei. Auch falle es den indischen Kirchen nicht leicht, sich an Gesprächen über

Sexualität zu beteiligen, von denen andere Kirchen im Norden offenbar vollständig absorbiert seien. Die VELKI, ein Zusammenschluss von zwölf lutherischen Kirchen, engagierte sich im HIV/AIDS-Aufklärungsprogramm zur Bewältigung der Krise in Indien.

Für die ehemalige leitende Direktorin der ELKA-Abteilung Weltmission, Pfarrerin Bonnie L. Jensen, hat die Tagung belegt, dass wirtschaftliche Habgier und Militarismus für die Kirchen in anderen Teilen der Welt viel schwer wiegendere Probleme darstellen als die Fragen der Sexualität. Sie habe von den internationalen Gästen erfahren, dass sie „uns um mehr Sensibilität gegenüber Kirchen in einem konservativeren Umfeld“ bitten.

„Unsere Kirchen haben andere Prioritäten als die Sexualitätsdebatte. Die gegenwärtig in der ELKA und der ELKIK geführte Diskussion sei nicht unbedingt die dringendste Priorität und die grösste Herausforderung in anderen Kirchen“, erklärte Pfarrerin Dr. Karen L. Bloomquist, Direktorin der LWB-Abteilung für Theologie und Studien (ATS) im Anschluss an die Tagung. „Ich denke aber, es zeigt doch ein bemerkenswertes Mass an Offenheit der anderen, wenn sie erklären: ‚wir verstehen diese Auseinandersetzungen‘, und ihre Bereitschaft bekunden, die Kirchen in diesen Fragen zu begleiten“, so Bloomquist.

„Als eine Gemeinschaft von Kirchen aus verschiedenen Teilen der Welt sind wir uns bewusst, dass es nicht selbstverständlich ist, miteinander auf dem Weg zu sein, und deshalb haben wir uns verpflichtet, trotz aller Schwierigkeiten, die wir bereits vor uns erkennen können oder die wir noch nicht vorhersehen, bereit zu sein, beieinander zu bleiben. Das ist das Entscheidende“, betonte LWB-Generalsekretär Noko abschliessend. (1.137 Wörter)

FEATURE: „Litauen fühlte sich nie abgeschnitten von Europa“

Bischof Mindaugas Sabutis: Herausfordernde Situation für lutherische Kirche nach EU-Beitritt

Genf, 30. Mai 2005 (LWI) – Seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ Anfang der 1990er Jahre und der daraus folgenden Entstehung neuer unabhängiger Staaten gab es eine Reihe bedeutender politischer Veränderungen in Europa. Einer der Höhepunkte dieser Entwicklung war der Beitritt Litauens sowie neun weiterer mittel- und osteuropäischer Länder am 1. Mai 2004 zur Europäischen Union (EU), die 1993 mit dem Ziel gegründet wurde, die politische, wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit zu verstärken.

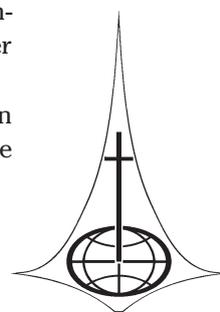
Die Erwartungen der litauischen Bevölkerung seien hoch gewesen und diese neue politische Lage habe auch neue Herausforderun-



ELKL-Bischof Mindaugas Sabutis.
© LWB/H. Putsman

gen für die Kirchen mit sich gebracht, so Bischof Mindaugas Sabutis von der Evangelisch-Lutherischen Kirche Litauens (ELKL). Er teilt die Begeisterung seines Landes über die Mitgliedschaft in der EU, insbesondere in der Erwartung wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen. Sabutis gibt jedoch auch zu bedenken, dass echte Veränderungen einige Zeit brauchen werden. Wichtig sei, dass sich „Litauen nie von Europa abgeschnitten fühlte. Wir sahen uns immer als Teil Europas“, so der 29-Jährige, der im April 2004 zum Bischof der ELKL gewählt wurde.

Im Gespräch mit der Lutherischen Welt-Information (LWI) berichtete Sabutis über die



neue Situation, in der sich die litauische Kirche jetzt vorfindet. „Irgendwie sind wir von einer säkularen Welt, dem [früheren] Sowjetregime, in eine andere geraten, nämlich die EU. Das stellt die Kirche vor eine gewaltige Herausforderung: Wie können wir den Menschen am besten das Evangelium nahe bringen?“

Kirchliche Identität in einem veränderten Umfeld

Die Menschen in Litauen seien recht offen für synkretistisches Gedankengut und bereit, neue Ideen zu akzeptieren, so Sabutis. Sie seien offen für das Evangelium, nähmen aber gleichzeitig Spiritismus oder Okkultismus an und neigten dazu, alles zu vermischen. Sabutis sieht dies als Ergebnis des Sowjetregimes, wo klar gewesen sei, was verboten und was erlaubt war. In dieser Zeit sei die Kirche hauptsächlich damit beschäftigt gewesen, ihre Identität zu bewahren und zu verteidigen. Heute stehe sie dem gleichen Problem gegenüber, jedoch in einem völlig veränderten Umfeld. „Wir leben jetzt in einer Gesellschaft, die offen für Dialoge ist, doch zuallererst müssen wir lernen, was Offenheit bedeutet“, sagte der litauische Bischof.

Die EU-Mitgliedschaft habe Litauen geholfen, sich von kollektiver Verantwortung – wie in der Sowjetunion gefördert – zu individueller Verantwortung zu entwickeln. Doch diese Errungenschaften hätten auch einige negative Nebeneffekte. Mit dem Recht der Freizügigkeit ergriffen die Menschen viele neue Möglichkeiten, Arbeit und Studium im Ausland eingeschlossen, weil gerade die Arbeitslosigkeit in Litauen ein ernstes Problem darstelle. Das Land habe bis heute etwa zehn Prozent seiner Bevölkerung durch Auswanderung verloren, was sich natürlich auf die Kirchen auswirke.

Sabutis beschreibt dieses soziale Problem als „Tragödie“, doch er ist zuversichtlich, dass der Trend aufgehalten werden könne. Er befürwortet daher, dass die Kirchen aktiv Menschen, insbesondere Jugendliche, ins Gemeindeleben einbinden und die zu erreichen versuchen, die noch keine Verbindung zur Kirche haben. Als Beispiel, wie beide Seiten – Gemeinden und Jugendliche – von einer solchen Einbindung profitieren könnten, nennt er eine Gemeinde in Kendainiai in Zentrallitauen. Eine Gruppe „Punks“, die vorher „auf dem Kirchengelände herumhing“, habe nach ihrer Integration das Gemeindeleben bedeutend belebt. Mit ihrer Hilfe sei das Kirchengebäude renoviert worden und die Zahl der Gemeindeglieder habe sich seither mehr als verdoppelt. Und nun hätten die jungen Leute einen Chor und eine Band gegründet, so der Bischof.

Stärkere Betonung der Jugendarbeit

Obwohl seine Kirche die Jugendarbeit stärken wolle, ist Sabutis kein Anhänger der verbreiteten Ansicht:

„Die Jugend ist die Zukunft der Kirche“. Er möchte die Gemeinden nicht in jung und alt unterteilt wissen. „Wir müssen uns die Gegenwart anschauen und die Menschen sehen, die heute Jesus Christus loben. Die Gemeinde ist wie eine Familie mit Menschen jeden Alters, Grosseltern als auch Enkelkindern, die gemeinsam am selben Tisch sitzen. Sie mögen verschiedene Interessen haben, doch das Wichtigste haben sie gemeinsam, sie gehören zur selben Familie!“

Der ELKL-Bischof hat für seine Kirche ambitionierte Projekte bereit. Er erwähnt das Kommunikationszentrum „Kelias“, das 1992 gegründet wurde und jetzt auf dem Gebiet der Publizistik und Multimedia-Ausbildung arbeitet. Ebenso konzentriert sich das Zentrum auf die diakonische Arbeit und betrachtet Multimedia als Möglichkeit der Identitätsbildung. Ein anderes Projekt ist die neu gegründete Kirchenzeitung, die monatlich erscheint.

Neuer Fonds zur finanziellen Absicherung der Pfarrer

Die finanzielle Lage der litauischen Pfarrer beschreibt Sabutis als schwierig. Da es für kirchliche Dienste keine staatliche Unterstützung gebe, seien sie finanziell von den Spenden ihrer Gemeinden abhängig. Es gebe insgesamt 18 Pfarrer, die sich um 54 Gemeinden kümmerten, doch nur vier dieser Gemeinden könnten ihren Pfarrer auch voll bezahlen. Die anderen müssten oft mit weniger als dem Mindestlohn in Litauen auskommen, der etwa 180 Euro beträgt. „Im Durchschnitt müssen unsere Pfarrer von 70 bis 100 Euro leben“, erklärte der Bischof. Die Kirche habe nun einen neuen Fonds gegründet, zu dem die Kirchenmitglieder durch eine Art Kirchensteuer beitragen. Doch es werde noch Jahre dauern, bis der Fonds tatsächlich Wirkung zeige, da die Pfarrer nur aus den Zinserträgen bezahlt werden sollen.

Finanzielle Unterstützung kommt immer noch von bilateralen Partnern und Bischof Sabutis hofft, dass diese fruchtbaren Beziehungen zu anderen Kirchen, hauptsächlich in Europa und den USA, sowie zu Partnerorganisationen fortgesetzt werden können. Er ist dankbar für die Unterstützung bei der Wiederherstellung der Kirchengebäude und kirchlichen Strukturen. „Unsere Partner haben uns ihr Geld und ihr Gebet angeboten. Das war ein grossartiges Beispiel des Teilens. Jetzt wünschen wir uns, dass diese Partnerschaften mehr ins Gleichgewicht kommen. Im Moment haben wir die materiellen Ressourcen nicht, aber wir können unsere Erfahrung und unsere Spiritualität teilen. Das ist eine Frage von Koinonia.“

Die ELKL trat 1967 dem Lutherischen Weltbund (LWB) bei und hat rund 20.000 Mitglieder.

(925 Wörter)

(Ein Beitrag von Julia Heyde, Jugendpraktikantin im LWB-Büro für Kommunikationsdienste.)



„Ökumene als Weg zur gelebten Einheit“

Institut für Ökumenische Forschung feiert 40-jähriges Bestehen

Strassburg (Frankreich)/Genf, 20. April 2005 (LWI) – Als die lutherische Theologie in den 1960er Jahren einen Ort für ihr ökumenisches Institut suchte, fiel die Wahl auf die im Elsass gelegene Stadt Strassburg (Frankreich). Angezogen von der dort beheimateten reichen religiösen Tradition – beispielsweise das in Strassburg überlieferte Erbe theologischen Denkens ebenso wie die Vielzahl an Bibliotheken und seiner Fakultäten für katholische wie protestantische Theologie – fügt sich das Institut für Ökumenische Forschung in das kulturelle und wissenschaftliche Leben dieser Stadt ein. In diesem Jahr feiert das Institut sein 40-jähriges Bestehen.



Mit der Gründung der „Lutherischen Stiftung für Ökumenische Forschung“ 1963 wurde der Grundstein für das Institut für Ökumenische Forschung in Strassburg (Frankreich) gelegt. © LWB

waren die WissenschaftlerInnen aus Strassburg massgeblich an dem Prozess beteiligt, der 1999 zur Unterzeichnung der GE in Augsburg (Deutschland) führte. Sowohl die Formulierung der ersten Fassung als auch die weiteren Beratungen wären ohne das ökumenische Institut nicht denkbar. Alle Änderungswünsche der lutherischen Kirchen sind durch die Strassburger TheologInnen gesammelt und in einer Synopse zusammengestellt worden. So sei eine Grundlage für alle weiteren Verhandlungen geschaffen worden, schildert Dieter den Entstehungsprozess.

„Das Strassburger Institut für Ökumenische Forschung symbolisiert den Ernst und die Verpflichtung des Lutherischen Weltbundes (LWB) im Blick auf die Ökumene“, erklärte der Generalsekretär des LWB, Pfr. Dr. Ishmael Noko, anlässlich des Jubiläums. Bereits 1963 hatten die Delegierten der Vierten LWB-Vollversammlung in Helsinki (Finnland) eine „Lutherische Stiftung für Ökumenische Forschung“ beschlossen. Damit war der Grundstein für das Strassburger Institut gelegt, das schon zwei Jahre später die Arbeit aufnahm.

Das wissenschaftliche Interesse des Instituts liegt im Bereich der ökumenischen Forschung ebenso wie im ökumenischen Dialog und der ökumenischen Rezeption und Kommunikation. „Nur wer die Tradition des Anderen und seine eigene Tradition kennt, kann sinnvoll einen Dialog führen“, so Institutsdirektor Prof. Dr. Theodor Dieter über die Bedeutung der wissenschaftlichen Forschung. Die Begriffe „Einheit in versöhnter Verschiedenheit“ oder „differenzierter Konsens“ seien Resultate des wissenschaftlichen Diskurses in Strassburg.

Ein Meilenstein in der Geschichte des Instituts ist die Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre (GE) zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem LWB. So

„Ökumene als Weg zu einer gelebten Einheit der Kirche kann nur gelingen, wenn sie Sache aller Glieder der Kirche ist“, betont Dieter. Neben den wissenschaftlichen Bemühungen kommuniziert das Strassburger Institut daher relevante ökumenische Fragestellungen und Forschungsergebnisse auch auf Vorträgen. Um die internationale Zusammensetzung bemüht, sucht das Institut zur Zeit einen Doktoranden/eine Doktorandin aus Afrika, Asien oder Lateinamerika.

Trotz der Kontinuität der Arbeit ist das Institut für Ökumenische Forschung allerlei Veränderungen ausgesetzt. „Das ökumenische Klima ist schwieriger geworden“, erklärt Dieter. Viele Kirchen würden heute eher ihr eigenes Profil in Abgrenzung gegenüber anderen Kirchen suchen.

Es kämen zudem immer wieder neue Fragestellungen auf, die die Kirchen bislang trennen. Dieter erwähnt hier unter anderem die Frage des Umgangs mit homosexuellen Menschen, Fragen der Bioethik, aber auch Fragen des Amtes und der Ordination. „Nur in der Auseinandersetzung mit den Themen, die die Kirchen trennen, kann eine wahre und dauerhafte Einheit der Christen und Christinnen gebildet werden kann“, so LWB-Generalsekretär Noko. (481 Wörter)

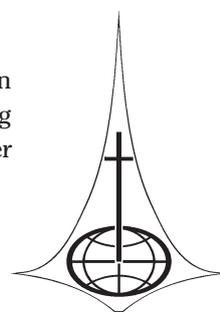
(Ein Beitrag von Barbara Schneider, Trainee im LWB-Büro für Kommunikationsdienste.)

Auslandsverschuldung auf Vereinbarkeit mit Menschenrechten prüfen

LWB kritisiert Folgen „illegitimer Schulden“

Genf, 17. April 2005 (LWI) – Während der 61. Tagung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen (UN) hat der Lutherische Weltbund (LWB) dazu aufgeru-

fen, Auslandsverschuldung auf ihre Vereinbarkeit mit den Menschenrechten zu prüfen. „Die Auslandsverschuldung hat Auswirkungen auf das tägliche Leben zahlreicher



Menschen weltweit und ist nicht nur eine Frage ökonomischer Kalkulationen“, betonte der LWB in einer Erklärung. Die vom LWB-Büro für Internationale Angelegenheiten und Menschenrechte erarbeitete Stellungnahme wurde am 30. März in Genf (Schweiz) verlesen.

Der LWB kritisierte die bislang fehlende Auseinandersetzung mit den sogenannten „illegitimen Schulden“. Darunter seien all jene Darlehen zu verstehen, die an Diktaturen ohne Garantien einer demokratischen Überprüfbarkeit vergeben würden und nicht dem Gemeinwohl dienen. Es gehe nicht darum, die „Nachhaltigkeit“ des Schuldendienstes und der damit einhergehenden Verpflichtungen festzustellen, sondern zu überprüfen, ob die Schulden an sich legitim

seien, so der LWB. In der Analyse der Legitimität der Auslandsverschuldung liegt ein Arbeitsschwerpunkt der LWB-Mitgliedskirchen in Lateinamerika sowie zahlreicher Partnerorganisationen.

Gleichzeitig begrüßte der LWB das bisherige Engagement der Menschenrechtskommission in der Verschuldungsdebatte. So habe die Kommission in einer Resolution im Jahr 2000 festgehalten, dass wirtschaftliche Reformen im Zusammenhang mit der Auslandsverschuldung den Grundrechten, wie dem Recht auf Nahrung, Ausbildung und ausreichende gesundheitliche Versorgung, nicht übergeordnet werden dürften. Die UN-Menschenrechtskommission tagt noch bis zum 22. April in Genf. (221 Wörter)

LWB fordert Beseitigung aller Formen religiöser Diskriminierung

LWB lehnt ausdrückliche Nennung der drei Buchreligionen ab

Genf, 17. April 2005 (LWI) – Der Lutherische Weltbund (LWB) hat sich dagegen ausgesprochen, im Zusammenhang mit der Beseitigung aller Formen religiöser Diskriminierung und Intoleranz die Begriffe „Christianophobie“, „Islamophobie“ und „Antisemitismus“ explizit zu benennen. Jede Form von Intoleranz oder Diskriminierung, ob gegen Religionen, Glaubensgemeinschaften oder Religionslose, müsse beseitigt werden, so der LWB in einer gemeinsam mit dem Beratenden Weltkomitee der Freunde (Quäker), Franciscans International und International Association for Religious Freedom (Internationaler Verband für Religionsfreiheit) sowie weiteren Nichtregierungsorganisationen (NGOs) verfassten Stellungnahme an die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen (UN), die noch bis zum 22. April in Genf (Schweiz) tagt.

Diese Erklärung steht im Zusammenhang mit der Entscheidung der Menschenrechtskommission auf ihrer 60. Sitzung im vergangenen Jahr, in ihrer Resolution über die Beseitigung aller Formen religiöser Diskriminierung die drei sogenannten Buchreligionen ausdrücklich zu benennen.

Die in der Resolution der Menschenrechtskommission verwendeten Begriffe „Christianophobie“, „Islamophobie“

und „Antisemitismus“ würden den Fokus auf spezielle Formen der Diskriminierung richten. „Grad, Wesen und Gegenstand der Diskriminierung variiert jedoch in den unterschiedlichen Ländern und Regionen“, so die NGOs in ihrer Stellungnahme.

Da jegliche Form von Religionsausübung zu schützen sei, müsse die Forderung nach freier Religionsausübung in Bezug auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte so allgemein wie möglich gehalten werden. Die explizite Nennung der drei Buchreligionen schaffe in diesem Zusammenhang eine Form der Hierarchie und sei daher abzulehnen.

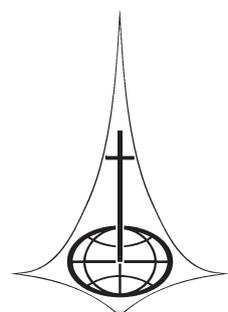
Diskriminierung äussere sich zudem in unterschiedlichen Formen, so die NGOs. So existiere Intoleranz nicht nur zwischen verschiedenen Religionen. Viele Spannungen entstünden innerhalb der eigenen Religion. Die Stellungnahme betont, „dass religiöse Diskriminierung und Intoleranz nur von ‚ausserhalb‘ praktiziert werden, ist nicht nur falsch, sondern vielmehr irreführend und gefährlich“. Es bestünde dadurch die Gefahr, den Konflikt zwischen den Religionen zu schüren, anstatt zu entschärfen. (294 Wörter)

LWB kritisiert Landverteilungspraxis in Kambodscha

Unzureichende Kontrollen bei Landvergabe verschärfen Landlosigkeit und Armut

Genf, 25. Mai 2005 (LWI) – Die Lebensgrundlage eines Grossteils der Bevölkerung Kambodschas sei in zunehmendem Mass durch Landraub und ungleiche Besitzverteilung gefährdet, betonte das Büro für Internationale Angelegenheiten und Menschenrechte des Lutherischen Weltbundes (LWB) in einer Stellungnahme an Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen (UN). Die 61. Sitzung der UN-Menschenrechtskommission tagte vom 14. März bis 22. April in Genf (Schweiz).

„Unzureichende Kontrollen bei der Vergabe von Land haben das generelle Problem der Landlosigkeit und Armut in Kambodscha verschärft“, heisst es in dem zusammen mit dem Länderprogramm der LWB-Abteilung für Weltdienst (AWD) in Kambodscha verfassten Gutachten. So vergebe die Regierung Land an Grosskonzerne und Unternehmen, ohne die Besitzverhältnisse vorab zu klären. Inzwischen habe sich selbst der kambodschanische Premierminister Samdech Hun Sen öffentlich gegen diese Praxis der



Landvergabe ausgesprochen. Betroffen sei vor allem der ärmste Teil der Bevölkerung.

In seiner Stellungnahme weist der LWB darauf hin, dass Kambodscha zu den ärmsten Ländern weltweit zähle. Über ein Drittel der KambodschanerInnen lebe unterhalb des Existenzminimums von einem US-Dollar pro Tag. Rund 85 Prozent der Bevölkerung seien als Kleinbauern/Kleinbäuerinnen auf die Landwirtschaft angewiesen.

Die LWB/AWD war eine der ersten internationalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die 1979 nach dem Sturz der Roten Khmer die Arbeit in Kampuchea (Kambodscha) aufnahmen. Da das von Vietnam unterstützte Regime politisch isoliert war, übernahmen es die NGOs, unter ihnen auch die AWD, die wichtigsten Strukturen der Regierung zu unterstützen.

(233 Wörter)

LWB bittet um Segen, Kraft und Leitung für Papst Benedikt XVI.

Präsident und Generalsekretär des LWB erwarten insbesondere ökumenische Fortschritte

Genf, 19. April 2005 (LWI) – Der Lutherische Weltbund (LWB) hat dazu aufgerufen, Gott um Segen, Kraft und Leitung für Papst Benedikt XVI. zu bitten, „dem nun eine schwere Last der Verantwortung auferlegt wird“. In einer gemeinsamen Erklärung betonen LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson, Leitender Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELKA), und LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko, dass die LutheranerInnen vom neuen Papst insbesondere erwarteten, „dass auf der Basis grundlegender theologischer Übereinkommen, die im Lauf des vierzigjährigen internationalen lutherisch/römisch-katholischen Dialogs erarbeitet wurden, ökumenische Fortschritte gemacht werden können – insbesondere im Blick auf die Bereiche Rechtfertigung, Amt und Sakramente.“

Der 78-jährige deutsche Kurienkardinal Joseph Ratzinger war am Dienstagnachmittag, 19. April, zum Papst gewählt worden. Weisser Rauch und Glockengeläut zeigten gegen 17.50 Uhr an, dass sich die in der Sixtinischen Kapelle versammelten 115 Kardinäle am zweiten Tag im Konklave auf einen Nachfolger für Johannes Paul II. geeinigt hatten. Papst Johannes Paul II. war am Abend des 2. April verstorben.

Erklärung aus Anlass der Wahl von Papst Benedikt XVI. Lutherischer Weltbund – eine Kirchengemeinschaft

Zur Wahl von Papst Benedikt XVI. ist es angemessen, dass die ChristInnen Gott gemeinsam um Segen, Kraft und Leitung für den neuen Papst bitten, dem nun eine schwere Last der Verantwortung auferlegt wird.

Die Geschichte hat in vielfacher Weise gezeigt, welchen Einfluss der römische Pontifex auf die Entwicklung von Ereignissen in Kirche wie Gesellschaft hat. Gegenwärtig sehen wir hier insbesondere die Dringlichkeit von Versöhnungsprozessen über religiöse, ethnische und ökonomische Gräben hinweg. Der wichtigste Beitrag der Kirchen angesichts dieser Herausforderung, vor der wir gemeinsam stehen, ist die Botschaft von Gottes frei gewährter, rechtfertigender Gnade mit ihren mannigfachen spirituellen und sozialen Konsequenzen. Die

Angesichts zahlreicher Herausforderungen wie insbesondere die Dringlichkeit von Versöhnungsprozessen über religiöse, ethnische und ökonomische Gräben hinweg, richte sich die Erwartung an den neuen Papst, „nicht nur das vielfältige Engagement seines Vorgängers fortzuführen, sondern auch neue Strategien einzubringen, wo dies notwendig ist“, so Hanson und Noko in ihrer Erklärung.

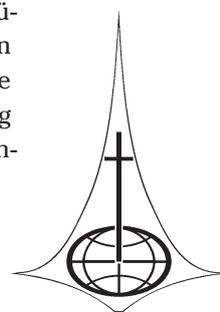
Die Einheit der Kirche sei ein wichtiges Ziel, nach dem es zu streben gelte und das seinerseits wiederum einen bedeutenden Beitrag zur Einheit der Menschheit leisten könne. Papst Benedikt XVI. würden auch in diesem Bereich hohe Erwartungen entgegengebracht, da die Hoffnung auf die Einheit der ChristInnen wesentliche neue Ansätze erfordere.

Der wichtigste Beitrag der Kirchen sei die Botschaft von Gottes frei gewährter, rechtfertigender Gnade mit ihren mannigfachen spirituellen und sozialen Konsequenzen. Die Bedeutung dieser Botschaft habe ökumenische Anerkennung gefunden, als vor fünf Jahren die lutherisch/römisch-katholische „Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ unterzeichnet wurde. (315 Wörter)

Im Folgenden finden Sie den vollständigen Wortlaut der Erklärung des Lutherischen Weltbundes:

Bedeutung dieser Botschaft fand ökumenische Anerkennung, als vor fünf Jahren die lutherisch/römisch-katholische „Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ unterzeichnet wurde.

Durch Gottes Gnade ist die einzelne Person unermesslich wertvoll. Dieser unantastbare Wert darf nicht verletzt werden – weder durch religiös motivierte Aggression noch durch den Missbrauch wirtschaftlicher oder militärischer Macht. Die Würde der Menschen muss bewahrt werden vor fortgesetzter Unterdrückung aufgrund des Geschlechts. Von verhütbaren Krankheiten verursachtes Leid muss durch soziale Entwicklung und angemessene ethische Wegweisung eingedämmt werden. Angesichts dieser und vieler an-



derer Herausforderungen richtet sich die Erwartung an den neuen Papst, nicht nur das vielfältige Engagement seines Vorgängers fortzuführen, sondern auch neue Strategien einzubringen, wo dies notwendig ist.

Die Einheit der Kirche, um die Christus selbst betete, ist ein wichtiges Ziel, nach dem es zu streben gilt und das seinerseits wiederum einen bedeutenden Beitrag zur Einheit der Menschheit leisten kann. Papst Benedikt XVI. werden auch in diesem Bereich hohe Erwartungen entgegengebracht, da die Hoffnung auf die Einheit der ChristInnen wesentliche neue Ansätze erfordert. Als LutheranerInnen erwarten wir insbesondere, dass auf der Basis grundlegender theologischer Übereinkommen, die im Lauf des vierzigjährigen internationalen lutherisch/römisch-katholischen Dialogs erarbeitet wurden, ökumenische

Fortschritte gemacht werden können – insbesondere im Blick auf die Bereiche Rechtfertigung, Amt und Sakramente. Beten wir also gemeinsam darum, dass Gott uns durch die Leitung des Heiligen Geistes neue Wege eröffnet.

Der Lutherische Weltbund – eine Kirchengemeinschaft begleitet Papst Benedikt XVI. bei seinen Vorbereitungen auf die Übernahme grosser geistlicher und weltlicher Verantwortung im Gebet. Möge ihm die Gnade zuteil werden, den Dienst seiner Vorgänger in einem Prozess steter Erneuerung fortzuführen, zum Wohle der universalen Kirche und der Menschheit.

Chicago und Genf, 19. April 2005
 Bischof Mark Hanson, Präsident
 Pfr. Dr. Ishmael Noko, Generalsekretär

LWB beteiligt sich an Aktionen für fairen Handel weltweit

Auf die hohe Armut weltweit muss hingewiesen werden

Genf, 20. April 2005 (LWI) – Der Lutherische Weltbund (LWB) hat im Rahmen der Globalen Aktionswoche für gerechten Welthandel, die vom 10. bis 16. April 2005 stattfand, eine Petition unterzeichnet, die die Regierungen weltweit dazu auffordert, ihre internationalen Handelsregeln und gegenwärtige Handelspolitik so zu ändern, dass Menschenrechten, Umweltschutz und Armutsbekämpfung Priorität eingeräumt werde.

„Wir haben die Petition unterzeichnet, weil wir der Überzeugung sind, dass auf die Folgen der aktuellen Handelspolitik hingewiesen werden muss, die angesichts der grossen Armut in der Welt nicht gerecht ist“, betonte John Halvorson, Direktor des LWB-Programms der Abteilung Weltdienst (AWD) in Äthiopien. Unterzeichnet wurde die im Kontext der Globalen Aktionswoche vorgelegte Petition auch von LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko, den LWB-Länderprogrammen in Kambodscha und auf dem Balkan sowie von LWB-Mitgliedskirchen in Afrika, Asien, Europa, Lateinamerika und Nordamerika.

Die Petition ist Hauptteil der vom Globalen Ökumenischen Aktionsbündnis (EAA) in Genf ins Leben gerufenen weltweiten Handelskampagne. Die Kampagne fordert faire Handelsrechte, die grundlegende Menschenrechte, wie das Recht auf Nahrung für alle Menschen, freien Zugang zu Wasser, Ausbildung,

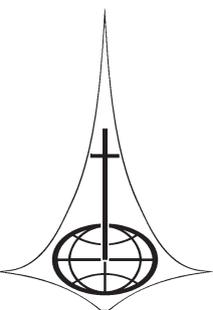


El Salvador: Im Rahmen der Globalen Aktionswoche für gerechten Welthandel im April fand eine friedliche Demonstration statt. Als TeilnehmerInnen versuchten, zum Präsidentenpalast vorzudringen, wurden zwölf Menschen durch den Einsatz von Gummigeschossen durch Polizeikräfte verletzt. © LWB/AWD-El Salvador

Gesundheitsversorgung und Information wahren. Weiterhin engagiert sich das Aktionsbündnis für eine Regulierung der transnationalen Beziehungen.

Eine EAA-Delegation hat die Petition am 13. April der Welthandelsorganisation (WTO) in Genf übergeben. Peter Prove, Assistent des LWB-Generalsekretärs für Internationale Angelegenheiten und Menschenrechte, hat dabei den LWB vertreten.

Während der von EAA initiierten Globalen Aktionswoche übernahmen Kirchen und kirchliche Organisationen eine führende Rolle in den verschiedensten Veranstaltungen, die sich mit einem gerechten Handel weltweit beschäftigten.



In El Salvador wurden Radiointerviews über die Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung für Gesundheit, Umwelt und Ausbildung gesendet. Zu dem Programm, das das LWB-Länderprogramm für Zentralamerika in El Salvador mit organisiert hat, zählten auch Musikfestivals, Pressekonferenzen, Demonstrationen und ein ökumenischer Gottesdienst.

In Mosambik war das LWB-Länderprogramm an einem Workshop über die Bedingungen des Welthandels beteiligt. Der LWB organisierte darüber hinaus einen Besuch in einer Zuckerfabrik, 120 Kilometer von der Hauptstadt Maputo entfernt.

In Äthiopien fand ein Diskussionsforum statt, bei dem Fragen des gerechten Welthandels thematisiert wurden. Das LWB-Länderprogramm will dadurch den Diskussionsprozess und Informationsaustausch über

Fragen des Welthandels angesichts der sozialen und ökonomischen Probleme des Landes anregen. Die Landwirtschaft stellt mit 60 Prozent des Exportes, 80 Prozent des Arbeitsmarktes und der Hälfte des Bruttoinlandsprodukts den wichtigsten Faktor der äthiopischen Wirtschaft dar. Die meisten landwirtschaftlichen Produkte, wie Kaffee und Baumwolle, können nicht zu fairen Preisen auf dem Weltmarkt verkauft werden. Um die Armut des Landes zu bekämpfen, wäre nach Einschätzung der Regierung eine jährliche Zuwachsrate von sieben Prozent notwendig. (423 Wörter)

Weitere Informationen zur EAA-Petition finden Sie unter: www.e-alliance.ch/tradepetition.jsp

(Dieser Beitrag wurde von Barbara Schneider, Trainee im LWB-Büro für Kommunikationsdienste, zusammengestellt.)

„Wasserverschwendung war ein Tabu“

LWB-Regionalkonsultation sucht nach neuen Ansätzen zur Lösung der Wasserproblematik

Nairobi (Kenia)/Genf, 13. Mai 2005 (LWI) – „Wasserverschwendung und das Spielen mit Wasser waren wichtige Tabus, die Kindern von früher Kindheit an gelehrt wurden. Wir durften einmal in der Woche duschen“, erklärte Pfr. Dr. Peri Rasolondraibe im Blick auf seine Kindheit in einer vulkanischen Region im Süden Madagaskars, wo es nur alle drei Jahre regnete.

Rasolondraibe, Pfarrer der Madagassischen Lutherischen Kirche und ehemaliger Direktor der Abteilung für Mission und Entwicklung (AME) des Lutherischen Weltbundes (LWB), berichtete von seinen Erfahrungen im Umgang mit Wasser vor den TeilnehmerInnen der afrikanischen Regionalkonsultation des LWB, die vom 25. bis 29. April unter dem Thema „Wasser in Bewegung bringen“ in der kenianischen Hauptstadt Nairobi stattfand.

Die Tagung wurde vom AME-Referat Frauen in Kirche und Gesellschaft (FKG) organisiert. Sie war ein zweites Folgetreffen nach dem Aufruf der Zehnten LWB-Vollversammlung im Juli 2003 im kanadischen Winnipeg, einen Wasseraktionsplan zu entwickeln. An der Tagung beteiligten sich 39 TeilnehmerInnen aus LWB-Mitgliedskirchen in Afrika, von Länderprogrammen der LWB-Abteilung für Weltdienst (AWD) und von ökumenischen Organisationen in der Region.

„Ich halte es für totale Missachtung und Arroganz, wenn Gewässer, (Flüsse, Meere und Ozeane), in denen Myriaden von Lebewesen zu Hause sind, als Müllhalde für Industrie- und Giftmüll missbraucht werden“, so Rasolondraibe unter Hinweis auf die weltweite Gewässerverschmutzung.

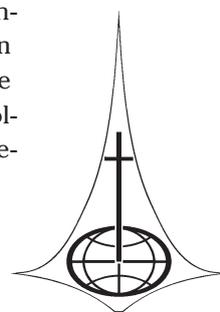
„Die Wüsten sind in allen Teilen der Welt auf dem Vormarsch. Millionen von Menschen haben keinen Zugang zu sicherem Trinkwasser. Flüsse und Wasserwege sind entweder ausgetrocknet oder hochgradig verschmutzt“, betonte der Theologe.

Er wies darauf hin, dass in den letzten Jahren viele afrikanische Länder unter den verheerenden Auswirkungen der Dürre hätten leiden müssen, und machte dafür den Klimawandel verantwortlich. Dabei dürfe allerdings die Verantwortung der Menschen für die Umwelt nicht übersehen werden, so Rasolondraibe. Ferner sei die Welt mit den Problemen der „Kommerzialisierung des Wassers für den privaten Profit“ konfrontiert. Führende internationale Finanzorganisationen drängten zudem auf die Privatisierung des Wassers, angeblich liesse sich damit die Effizienz steigern.

Nationale und internationale Organisationen, beispielsweise der LWB, setzten sich jedoch immer stärker für den Schutz des Wassers ein, so Rasolondraibe, der von Mai 1995 bis März 2005 Direktor der LWB-Abteilung für Mission und Entwicklung war. „Wenn Wasser von privatwirtschaftlichen Unternehmen zur Ware herabgewürdigt wird, stehen die Menschenrechte – Grundrechte – auf dem Spiel“, betonte er.

Während sich viele internationale Hilfsorganisationen vor allem vom rechtlichen Standpunkt aus intensiv mit den Wasserproblemen auseinandersetzen, suchten die TeilnehmerInnen der LWB-Regionalkonsultation nach einem im Glauben gegründeten Ansatz. Sie diskutierten über den globalen Fortschritt und benannten lokale Kontexte, in denen es möglich war, das tatkräftige Engagement für die Wasserprobleme zu fördern.

In seinem Überblick über den Schutz des Wassers, den verantwortlichen Umgang damit und seine gerechte Verteilung wies der Programmreferent für Wirtschaftliche Gerechtigkeit im Team für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) mit Sitz in Genf, Dr. Rogate Mshana, darauf hin, dass nur 58 Prozent der Bevölkerung in Afrika südlich der Sahara Zugang zu aufbe-





Das Länderprogramm der LWB-Abteilung für Weltdienst (AWD) in Nepal unterstützt bhutanische Flüchtlinge. Zu diesem Programm gehört auch die Bereitstellung von sauberem Trinkwasser. © LWB/AWD-Nepal

reitendem Wasser hätten. „Die Konzerne versprechen sich von Investitionen in die Wasserwirtschaft ein rasch wachsendes Geschäft.“ Schätzungen zufolge handele es sich dabei um einen Wirtschaftszweig mit Milliardenumsätzen.

Mshana wiederholte, dass etwa 1,1 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Trinkwasser hätten und jähr-

lich 2,2 Millionen Menschen in Entwicklungsländern an Krankheiten stürben, die vom Wasser übertragen werden. Die meisten Betroffenen seien Kinder.

Er machte weiterhin auf die ungerechte Wasserverteilung weltweit aufmerksam. Millionen Frauen, vor allem auf der südlichen Halbkugel, müssten weite Wege zurücklegen, um Wasser für den Bedarf in ihren Häusern zu holen, während täglich Millionen Liter Wasser verschwendet würden. „50 Prozent des Frischwassers gehen durch defekte Leitungen verloren, was als Begründung dafür dient, Wassergeld zu erheben. Und zwar vor allem dort, wo Wasser kostenlos oder zu billig ist, so dass womöglich nicht einmal die Kosten für die Sammlung, Reinigung und Verteilung des Wassers gedeckt werden“, so Mshana.

Auf die Frage nach Alternativen zur Lösung des Problems antwortete der ÖRK-Mitarbeiter, „Wasser sollte öffentliches Eigentum bleiben und nicht zur Ware gemacht werden. Der Schutz, der Verbrauch und die Verteilung von Wasser sollten in der Zuständigkeit des Staates oder des jeweiligen Gemeinwesens liegen.“

In seinen Ausführungen über Armut und die Wasserkrise in Afrika betonte Prof. Jesse Mugambi vom Fachbereich für Religiöse Studien der Universität Nairobi, „die da oben“ müssten mit den Menschen an der Basis zusammenwirken, um das Wasser allen zugänglich zu machen. „Wir müssen bei der Speicherung des Regenwassers anfangen. Die dazugehörigen technischen Anlagen müssen Eigentum der örtlichen Gemeinwesen sein und von ihnen verwaltet werden. Die Gemeinwesen sollten darüber hinaus Pflanzen anbauen, die bereits in der Vergangenheit kultiviert wurden und der Umwelt angepasst sind“, empfahl er. (757 Wörter)

(Ein Beitrag von LWI-Korrespondentin Lillian Kemunto, Nairobi.)

Kirchen sollen Gemeinschaft über Wasserproblematik in Afrika aufklären

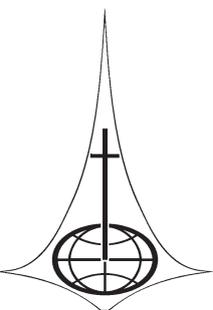
Wasserkrise hat Rückgang der Nahrungsmittelproduktion zur Folge

Nairobi (Kenia)/Genf, 13. Mai 2005 (LWI) – Die Kirchen sollen ihre Gemeinden und Gemeinwesen über Fragen des Wasserschutzes und der Wasserversorgung aufklären, um dem verheerenden Problem entgegenzutreten, von dem Millionen Menschen in Afrika betroffen seien. Diese Forderung erhoben die TeilnehmerInnen der vom Referat Frauen in Kirche und Gesellschaft (FKG) der Abteilung für Mission und Entwicklung (AME) des Lutherischen Weltbundes (LWB) veranstalteten Regionalkonsultation über Wasserprobleme. Sie bekräftigten damit die Verantwortung der Kirche als Haushalterin über das Wasser.

Die Konsultation, die vom 25. bis 29. April in Nairobi (Kenia) stattfand, stand unter dem Thema „Wasser in

Bewegung bringen“. Sie war die zweite Veranstaltung zum Thema Wasser, die von der AME organisiert wurde, nachdem die Zehnte LWB-Vollversammlung 2003 einen Wasseraktionsplan beschlossen hatte. Eine erste Tagung für die Region Europa fand im September 2004 statt.

„Die Kirche ist dazu berufen, Leben zu hegen und zu schützen. Deshalb hat sie die wichtige Aufgabe, die Gläubigen über die ethischen und moralischen Konsequenzen unserer Lebensweise im Blick auf die gesamte Schöpfung aufzuklären“, betonte Rebecca Tanui, Vertreterin des Netzwerkes für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Kenia, in ihrem Redebeitrag.



„Religiöse Überzeugungen und ethische Erwägungen dürfen im Blick auf die Umwelt nicht voneinander getrennt werden, denn nach unserer Weltsicht sind sie eng miteinander verbunden. Die Kirche ist zu treuer Haushalter-schaft über den Reichtum der Erde und die Schöpfung Gottes berufen“, erklärte sie.

Über die Hälfte der Länder südlich der Sahara leiden unter Wasserknappheit. Schätzungen zufolge werden vermutlich Mitte dieses Jahrhunderts zwei Drittel der Weltbevölkerung in mehr als 60 Ländern mit Wassermangel zu kämpfen haben.

In Afrika führt die Wasserkrise zum Rückgang der Nahrungsmittelproduktion und bedroht die Versorgung der Haushalte mit lebensnotwendigen Nahrungsmitteln. Die TeilnehmerInnen der LWB-Konsultation appellierten an die Kirchen, sich mit anderen Organisationen zu verbünden, die sich ebenfalls für die Behebung der Wasserknappheit einsetzen. Hierzu gehörten auch Nichtregierungs- und internationale Organisationen und der genossenschaftliche Sektor der Gemeinwesen, um die Entwicklungsziele für das Millennium (MDGs) zu erreichen, durch die bis zum Jahr 2015 die Zahl der Menschen, die keinen gesicherten Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, halbiert werden soll.

Joshua Mukusya, Programm-Manager des Utooni-Entwicklungsprojektes in Ostkenia, eines erfolgreichen gemeinschaftseigenen Wasserspeicherprojektes, rief ebenfalls die Kirchen dazu auf, „sich an die Spitze der Bemühungen um die Sicherung der Wasserversorgung für ihre Menschen zu setzen“.

Er forderte ein verstärktes Engagement der Kirchen für den Boden- und Wasserschutz in den



TeilnehmerInnen der afrikanischen Regionalkonsultation des LWB zum Thema Wasser in Nairobi (Kenia).
© LWB

Gemeinwesen, für Aufforstung, Terrassenanbau und den Bau von Wasserreservoirs und Sanddämmen insbesondere in semiariden Gebieten.

Die Vertreterin der LWB-Abteilung für Weltdienst (AWD) in Mauretanien, Dr. Colette Bouka Coula, hob die Bedeutung der Alphabetisierung für den Informationsaustausch über den Umweltschutz hervor. Sie wies auf das Engagement des LWB für die Wiederaufforstung hin, durch das die Ausbreitung der Wüstengebiete in Mauretanien eingedämmt werde. Sie forderte weiterhin konzertierte Anstrengungen auch im Zusammenwirken mit anderen religiösen Gruppen, um die Öffentlichkeit eindringlicher auf die Probleme aufmerksam zu machen, die das tägliche Leben der Menschen betreffen.

FKG-Referentin Priscilla Singh informierte über die Auswirkungen der globalen Klimaerwärmung in Afrika und wies mahndend darauf hin, dass „ethische Verantwortung, eine gute Führung, weitsichtige Planung und Solidarität vonnöten sind, um rechtzeitig die Dringlichkeit des Problems bewusst zu machen und Entschlossenheit zu wecken“. (533 Wörter)

(Ein Beitrag von LWI-Korrespondentin Lillian Kemunto, Nairobi.)

Wie können Begegnungen der Kulturen einen Wandel herbeiführen?

LWB-Studienteam plant Veröffentlichung zum interkulturellen Umgang mit ethischen Fragen

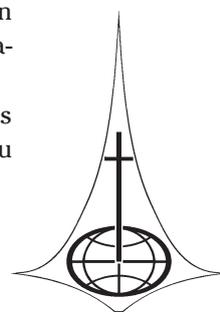
Kapstadt (Südafrika)/Genf, 26. Mai 2005 (LWI) – „Wie können unterschiedliche Weltanschauungen, historische Erfahrungen und Kulturen, wenn sie einander begegnen, ‚Fenster‘ öffnen, die einen Wandel herbeiführen? Wie kann aus lutherischer Sicht ethisches Leben an solchen Schnittpunkten miteinander abgestimmt werden?“

Diese Fragen stehen im Mittelpunkt einer Veröffentlichung, die gegenwärtig im Rahmen des Studienprogramms über den interkulturellen Umgang mit ethischen Fragen unter Federführung der Abteilung

für Theologie und Studien (ATS) des Lutherischen Weltbundes (LWB) konzipiert wird.

Bei ihrer dritten und letzten Zusammenkunft vom 17. bis 22. März bei Kapstadt (Südafrika), diskutierten die Mitglieder des achtköpfigen AutorInnenenteams über die Entwürfe ihrer Beiträge zu Themen, die vom Übergang Ungarns zur Demokratie über die Bildungsarbeit in Brasilien, die Agrartechnologie in den USA bis zur Patentierung einheimischer Pflanzen in Afrika reichen.

Die AutorInnen erörterten, wie beispielsweise das Zusammentreffen von Kulturen und Traditionen zu



einem „moralischen Moment“ werden könne, in dem Wahlentscheidungen darüber getroffen werden, was als ethisch verantwortbar anzusehen ist.

„Ich muss bereit sein, wenn ich anderen zuhöre, mich in Frage stellen zu lassen; das ist ein sehr lutherischer Standpunkt!“ betonte Dr. Yuen Waiman vom Lutherischen Theologischen Seminar in Hongkong. Prof. Dr. Hans G. Ulrich von der Universität Erlangen (Deutschland) hob hervor, dass Moral aus lutherischer Sicht nicht eine Frage von Gut und Böse sei. „Es geht vielmehr darum, wie wir im Lichte dessen, was wir von Gott empfangen haben, miteinander leben und einander wahrnehmen.“

„Wir wissen, dass wir uns ethisch nicht über andere erheben und über sie urteilen dürfen. Über das Heil anderer bestimmen zu wollen, wäre Sünde. Die Kirche muss jedoch ihre Stimme gegen diskriminierende Praktiken erheben und sich ihnen entgegenstellen“, erklärte die brasilianische Theologin Pfarrerin Dr. Wanda Deifelt vom Luther-College (Iowa/USA). Puleng Lenka Bula von der Universität Südafrika fügte hinzu: „Für diejenigen unter uns, die damit aufgewachsen sind, dass Ethik eine Frage von Gut und Böse ist, stellt das eine wahrhaftige Befreiung dar. Wir dürfen nicht urteilen, aber wir müssen beim Namen nennen, was der Fülle des Lebens für uns und unsere Nächsten im Wege steht.“



Mitglieder des LWB-Studententeams zum interkulturellen Umgang mit ethischen Fragen während ihres letzten Treffens im März in Kapstadt (Südafrika). © LWB

Die Publikation mit dem Arbeitstitel „Ethics at the Intersections of God’s One World“ (Ethik an den Schnittpunkten von Gottes Welt), in der die Arbeit des Studienprogramms zusammengefasst wird, soll noch in diesem Jahr erscheinen. Herausgeberin ist die ATS-Direktorin Pfarrerin Dr. Karen Bloomquist, die zugleich Studienreferentin für Kirche und sozial-ethische Fragen ist.

(399 Wörter)

Neue LWB-Veröffentlichung zur wirtschaftlichen Globalisierung

Seit 2000 befasst sich der Lutherische Weltbund (LWB) im Rahmen eines Programmschwerpunkts mit den Herausforderungen, vor die die wirtschaftliche Globalisierung die lutherische Gemeinschaft als Teil der grösseren ökumenischen Familie und der Zivilgesellschaft stellt. Die Ergebnisse wurden nun in der Publikation „Communion, Responsibility, Accountability – Responding as a Lutheran Communion to Neoliberal Globalization“ (Gemeinschaft, Verantwortung, Rechenschaftspflicht – Antwort der lutherischen Gemeinschaft auf die neoliberale Globalisierung) in der Reihe LWB-Dokumentation (Nr. 50) veröffentlicht.

Der erste Teil des Buches stellt die Veröffentlichungen, Arbeitsprozesse, Veranstaltungen und ausgewählte Kommentare zu diesem Programmschwerpunkt zusammen, einschliesslich der auf der Zehnten LWB-Vollversammlung im Juli 2003 eingegangenen Verpflichtungen. Weiterhin werden unterschiedliche

Perspektiven von LWB-Mitgliedskirchen, Länderprogrammen der LWB-Abteilung für Weltdienst (AWD) und Jugendlichen sowie ökumenische Reaktionen vorgestellt.

Der zweite Teil enthält Artikel, die die theologische, seelsorgerliche und ethische Reflexion über Aspekte der wirtschaftlichen Globalisierung vertiefen. Die Veröffentlichung wurde von Pfarrerin Dr. Karen L. Bloomquist, Direktorin der LWB-Abteilung für Theologie und Studien (ATS), herausgegeben.

Exemplare der 290-seitigen englischsprachigen Fassung sind erhältlich bei: LWB-Abteilung für Theologie und Studien, 150, route de Ferney, Postfach 2100, CH-1211 Genf 2, Schweiz, Fax +41/22-791 6630, E-Mail: liesch@lutheranworld.org. Preis: 15 CHF, 10 EUR oder 13 USD zuzüglich Porto. Die deutsche Fassung wird zu einem späteren Zeitpunkt dieses Jahres im Kreuz Verlag veröffentlicht.

(210 Wörter)

Alfred Eichholz neuer Bischof der lutherischen Kirche in Kirgisistan

Der 44-jährige **Pfr. Alfred Eichholz** ist zum Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Kirgisien gewählt worden. Wie die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck in Kassel (Deutschland) mitteilte, stimmte die Synode in Kirgisistan Mitte Mai mit grosser Mehrheit für Eichholz.

Der bisherige Bischof Emanuel Schanz tritt Ende Mai in den Ruhestand. Eichholz wuchs in Kirgisistan auf und siedelte in den 1980er Jahren nach Deutschland über. 1999 kehrte er im Auftrag der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck nach Kirgisistan zurück.

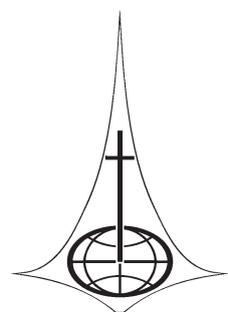
(84 Wörter)

Neue KALME-Webseite online: www.kalme.net

Der Vorstand des Kommunikationsausschusses Lutherischer Minderheitskirchen in Europa (KALME) hat auf seiner Sitzung Anfang April in Wien (Österreich) die neue Internet-Plattform www.kalme.net freigegeben. Diese Webseite bietet den lutherischen Minderheitenkirchen in

Europa die Möglichkeit, Pressemeldungen auszutauschen und zu veröffentlichen. Die zweisprachige Webseite bietet – auf Deutsch und Englisch – umfassende Informationen zu den KALME-Mitgliedskirchen und erlaubt den Austausch von Projekten.

(62 Wörter)



ZWEITER GIPFEL DER INTERRELIGIÖSEN INITIATIVE FÜR FRIEDEN IN AFRIKA

18. bis 25. April, Johannesburg (Südafrika)

Südafrikanische Ministerin: Konfliktverhütende Strategien müssen Vorrang haben

LWB-Generalsekretär ermutigt Frauen, über Hoffnung für Afrika zu reden

Johannesburg (Südafrika)/Genf, 19. April 2005 (LWI)
– Die südafrikanische Ministerin für Bodenschätze und Energie, Phumzile Mlambo-Ngcuka, hat die VertreterInnen der verschiedenen Glaubensstraditionen in Afrika nachdrücklich aufgefordert, sich durch zukunftsorientierte und wirksame Strategien zur Förderung des Friedens vorrangig um Konfliktverhütung zu bemühen. Die Ministerin eröffnete eine dreitägige Konferenz über die Rolle von Frauen im Friedensprozess, die vom 18. bis 20. April in Benoni bei Johannesburg (Südafrika) stattfindet und dem Zweiten Gipfel der Interreligiösen Initiative für Frieden in Afrika (IFAPA) vorausgeht. Beide Konsultationen wurden vom Lutherischen Weltbund (LWB) und dem Nationalen Forum der ReligionsführerInnen in Südafrika (NRLFSA) koordiniert.

Mlambo-Ngcuka mahnte zu pragmatischer Friedens- und Entwicklungspolitik und kritisierte, es werde „mehr über Konfliktlösung als über Konfliktverhütung gesprochen“. Sie rief die mehr als 100 TeilnehmerInnen des „Gipfels der Mütter und Töchter“ auf, sich stärker an den Beratungen auf den Entscheidungsebenen zu beteiligen, da sie mit ihrem Einfluss die Lebensqualität in ihren Gesellschaften verbessern könnten. Gute Politik, so führte sie aus, muss den einfachen Menschen zugute kommen. „Unsere Politik mag ja gelegentlich ganz phantasievoll sein, wenn sie aber den Frauen nichts bringt, dann ist sie wirkungslos. Wenn sie aber den Frauen nützt, dann nützt sie allen Menschen.“

Die südafrikanische Ministerin lobte die Frauen in Afrika für die führende Rolle, die sie in verschiedenen Teilen des Kontinents zur Förderung des Friedens



LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko (li.) und die südafrikanische Ministerin für Bodenschätze und Energie, Phumzile Mlambo-Ngcuka (re.), eröffnen die Konferenz zur Rolle von Frauen im Friedensprozess im Vorfeld des Zweiten IFAPA-Gipfels. © LWB/Andreas Vlachakis

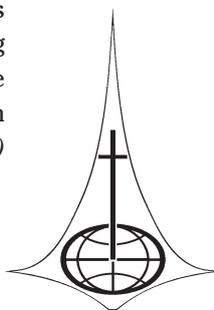
innehätten. Frauen seien „nicht zwangsläufig Engel“, bemerkte sie. Ihr Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung sei jedoch von entscheidender Bedeutung und weise ihnen eine massgebliche Rolle im Friedensprozess zu. Das Verlangen nach Frieden, so hob sie hervor, reiche über alle religiösen Überzeugungen hinweg.

In seiner Begrüßungsansprache betonte der Initiator der IFAPA, LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko, der „Gipfel der Mütter und Töchter“ im Vorfeld des Interreligiösen Friedensgipfels sei ein Forum, das Frauen ermutigen solle, mitzumachen und Netzwerke aufzubauen, um die Aufgaben zu bewältigen, vor denen ihre jeweiligen Gemeinschaften stünden. „Reden Sie nicht nur über die unüberwindlichen Probleme Afrikas, sondern auch über die Hoffnung für Afrika“, so Noko.

Die religiöse Vielfalt in Afrika bezeichnete er als Segen und fügte hinzu, der IFAPA-Gipfel biete den religiösen Traditionen des Kontinents die einzigartige Chance, sich der gemeinsamen Probleme anzunehmen. Zu den Themen, die in den nächsten drei Tagen der Konferenz beraten werden sollen, gehören Strategien zur Einbeziehung des Problems der Gleichberechtigung von Männern und Frauen in den Friedensprozess und in interreligiöse Programme. Die TeilnehmerInnen werden darüber hinaus miteinander ihre Erfahrungen mit der Befähigung von Frauen im Friedensprozess und über die Rolle von Frauen und Müttern bei der Heranbildung von FriedensstifterInnen austauschen. (425 Wörter)



Pfarrerin Marie J. Barnett aus Sierra Leone (re.) trifft Delegierte aus Uganda: Schwester Mary Goretti K. Namazzi (2. von li.) sowie Canon Joyce B. Nima (li.). © LWB/Andreas Vlachakis



FEATURE: Kulturelle und politische Vorurteile versperren Frauen Zugang zu leitenden Positionen

Johannesburg (Südafrika)/ Genf, 21. April 2005 (LWI) – „Wir bekommen nicht erst den Frieden und schaffen dann die Einheit ... Das hiesse, den Karren vor das Ross spannen!“ Dies erklärte Yvonne Fitzpatrick-Moore, langjährige leitende Angestellte bei Wirtschaftsunternehmen und Streiterin für die Rechte von Frauen, in einer Rede vor mehr als 100 Frauen aus allen Teilen Afrikas, die in Johannesburg (Südafrika) über die Rolle von Frauen im Friedensprozess im Rahmen der interreligiösen Zusammenarbeit beraten.



Einheit muss dem Frieden vorausgehen, betonte Yvonne Fitzpatrick-Moore in Johannesburg (Südafrika). © LWB/Andreas Vlachakis

Die Einheit müsse dem Frieden vorausgehen, wenn es einer Gesellschaft gut gehen soll, so Fitzpatrick-Moore bei der dreitägigen „Konsultation der Mütter und Töchter Afrikas“ im Vorfeld des Zweiten IFAPA-Gipfeltreffens.

In ihrer Rede, in der sie die Zurüstung von Frauen für den Friedensprozess in den Mittelpunkt stellte, würdigte Fitzpatrick-Moore das Engagement der Frauen, ihre Standhaftigkeit und ihren wichtigen Beitrag zur Konfliktlösung sowie ihre Bemühungen um Frieden auf dem gesamten Kontinent. Noch immer seien gerade Frauen Opfer von Kriegen und Gewalt. Auf die Frage, wie denn Frauen dazu befähigt werden könnten, gegen Praktiken anzukämpfen, die ihr Fortkommen behinderten, erklärte sie nachdrücklich, die Frauen Afrikas müssten sich von Vorurteilen frei machen und dürften sich nicht die Vorurteile anderer zu Eigen machen.

„Die Hauptursache für falsches Handeln, vor allem falsches Handeln, das Unrecht schafft, ist die blinde Nachahmung des Überkommenen“, betonte sie.

Fitzpatrick-Moore, die der Bahai-Gemeinschaft angehört, verurteilte Verbrechen und Unrecht gegen Frauen als rückwärtsgerichtet und bedauerte, dass bei vielen afrikanischen Regierungen und Gemeinschaften Vergewaltigung nicht als Verbrechen gegen die Menschlichkeit gelte. Fitzpatrick-Moore stammt aus den USA und hat inzwischen die südafrikanische Staatsangehörigkeit erworben. Durch die Organisation von Seminaren und Ausbildungsveranstaltungen zu Themen wie Selbstverwirklichung, Rasse und Ethnizität, Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Übernahme von Leitungsfunktionen und Wandel ist

sie im Bereich der Erziehung und Ausbildung tätig. Unter anderem leitet sie Frauengruppen bei der Anfertigung von Quilts (Decken aus Stoffresten) an, die an Waisenkinder von HIV/AIDS-Opfern verschenkt werden.

Die Präsidentin des Bundes der Muslimischen Frauenverbände in Nigeria, Hajiya Bilkisu, appellierte in ihrer Rede vor den Versammelten an Regierungen, Gruppen der Zivilgesellschaft und Partner in der Entwicklungsarbeit, Friedens- und Konfliktlösungsinitiativen von Frauen zu unterstützen.

Sie wies darauf hin, dass immer, wenn gewalttätige Konflikte eskalierten, Frauen „einen unverhältnismässig hohen Anteil an den negativen Auswirkungen des Krieges zu tragen haben, die sich in der Zerrüttung des Familienlebens und in massivem Leid niederschlagen“.

„Regierungen und Organisationen der Zivilgesellschaft sollten die erforderlichen Vorkehrungen treffen,



Medien sollen objektiv über Friedensprozesse berichten, forderte Hajiya Bilkisu, Präsidentin des Bundes der Muslimischen Frauenverbände in Nigeria. © LWB/Andreas Vlachakis

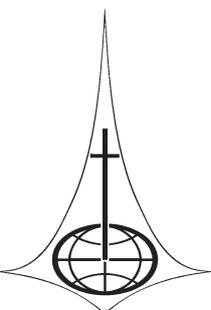
dass Frauen eine angemessene Rolle und Verantwortung in Frühwarn-Mechanismen zugewiesen wird, um den Ausbruch von Konflikten zu verhindern“, forderte sie.

In Teilen der Massenmedien hätte die negative Darstellung von Frauen zur Verbreitung von Klischees beigetragen, die die Gleichberechtigung von Frauen und Männern stark beeinträchtigten. „Die Medienleute müssen zu Objektivität in der Berichterstattung über den Friedensprozess angehalten werden; sie sollten den Frieden

prozess fördern, indem sie die Täter brutaler Verbrechen blossstellen und ein positives Bild von Frauen vermitteln“, so Hajiya Bilkisu.

Frauen werden zu gegenseitiger Unterstützung aufgerufen

Die ehemalige Sozialarbeiterin beim Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) und Gründerin von Vision und Aktion Afrikanischer Frauen gegen den Krieg in Elfenbeinküste, Dandi Lou Amanan, würdigte die grossen Fortschritte, die die Frauen zur Verbesserung ihres Status erreicht hätten, hielt ihnen aber zugleich vor, dass „sie selbst noch immer ihre ärgsten Feinde sind“.



„Frauen an der Basis sind von anderen Frauen ausgenutzt worden, die sich selbst nicht für Frauenrechte engagieren. Wir haben viel erreicht, aber der eigentliche Feind der Frau ist die Frau“, betonte sie.

Amanan, die auch Beraterin im Westafrikanischen Friedensnetzwerk ist, wies darauf hin, dass für Frauen dringend Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden müssten, damit sie sich wirksamer an wichtigen Projekten in ihren Gemeinschaften beteiligen könnten.

Die IFAPA-Initiative, fügte sie hinzu, habe es erreicht, Frauen ganz unterschiedlicher Herkunft zusammenzuführen und ihnen so die Möglichkeit zu geben, ihre Erfahrungen miteinander auszutauschen und gemeinsame Interessen zu erkennen. „Frauen merken manchmal gar nicht, dass sie Einfluss haben und die Gesellschaft verändern könnten, wenn sie zusammenstehen und sich ein konkretes Ziel setzen würden.“

Zugleich appellierte sie an Regierungen, Institutionen und führende Persönlichkeiten, die sich für ein selbstbestimmtes Leben von Frauen einsetzen, Fraueninitiativen finanziell abzusichern und zu unterstützen. „Wenn es Frauen gut geht, geht es der ganzen Gesellschaft gut“, fügte sie hinzu.

Anerkennung für Gleichberechtigung von Frauen und Männern

Die stellvertretende Vorsitzende des NRLFSA, Shohren Rawhani, rief die Religionsführer auf, Frauen den Weg in leitende Positionen zu ebneten. „Es gibt nur wenige Religionsführerinnen; die Befähigung von Frauen bedeutet aber die Anerkennung ihrer Rolle“, betonte sie auf der Frauenkonsultation im Vorfeld des IFAPA-Friedensgipfels. Die Konsultation wurde offiziell am 18. April von der südafrikanischen Ministerin für Bodenschätze und Energie und derzeitigen Amtierenden Präsidentin, Phumzile Mlambo-Ngcuka, eröffnet.

Ausdrücklich lobte Rawhani die südafrikanische Regierung, weil sie zusammen mit anderen auf dem Kontinent die Gleichberechtigung von Frauen und Männern anerkannt und Frauen mit wichtigen Leitungspositionen betraut habe.

Die NRLFSA-Vertreterin berichtete eingehend über die Aussagen von Frauen, die Opfer von Diskriminierung wurden, und wies darauf hin, dass viele Frauen, die auf dem Kontinent eine führende Rolle übernehmen könnten, durch kulturelle und politische Vorurteile daran gehindert würden.

Die Professorin Fatima El Kebir aus Algerien warb zur Förderung der Belange ihrer jeweiligen Gesellschaften für die Schaffung eines Netzwerks afrikanischer Frauen. Es sei notwendig, Frauen in Toleranz, Solidarität und Zusammenarbeit einzuüben.

„Wir müssen die Kraft von Frauen kreativ nutzen, denn wir sind 50 Prozent der Bevölkerung und die Mütter der anderen 50 Prozent der Bevölkerung“, schloss El Kebir ihre Ausführungen.

An der „Konsultation der Mütter und Töchter Afrikas“ nahmen auch männliche Beobachter teil. Der Generalsekretär des Rates der Hindus in Afrika, Prabhudas Pattni, zitierte aus hinduistischen Schriften und forderte die afrikanischen Frauen nachdrücklich auf, neue Hoffnung zu wecken und da zu beginnen, wo sie schon jetzt gleichberechtigte Partnerinnen seien.

Pattni, der auch Mitglied des IFAPA-Fortsetzungsausschusses ist, erklärte: „Es ist an der Zeit, dass unsere afrikanischen Frauen neue Hoffnung wecken und dort damit beginnen, wo ihre Schreie nach Gerechtigkeit, Frieden, Zugehörigkeit, Gleichberechtigung und Sicherheit gehört werden und wo danach gehandelt wird.“

(978 Wörter)



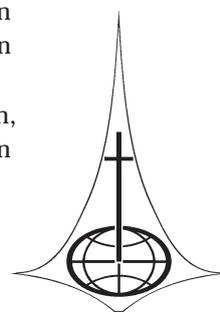
TeilnehmerInnen des Frauengipfels verfolgen die Diskussion im Plenum.
© LWB/Andreas Vlachakis

VerantwortungsträgerInnen aus Religion und Gesellschaft fordern Gesinnungswandel zum Wohle Afrikas

Johannesburg (Südafrika)/Genf, 23. April 2005 (LWI) – Am 21. April wurde in Johannesburg (Südafrika) der Zweite Gipfel der Interreligiösen Initiative für Frieden in Afrika (IFAPA) eröffnet. Im Rahmen der Eröffnungsveranstaltungen betonten VerantwortungsträgerInnen aus

Religion und Gesellschaft, konzertierte Bemühungen seien notwendig, um Konflikte zu vermeiden und von Menschen verursachte Katastrophen abzuwenden.

Das Wohl Afrikas könne nur verwirklicht werden, wenn Konflikte und Instabilität überwunden würden



und gegen zukünftige Konflikte und Instabilität vorgebeugt werde, so Pfr. Dr. Ishmael Noko, Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB) und IFAPA-Initiator, in seiner Eröffnungsansprache beim Gipfel.

Der Zweite IFAPA-Gipfel, der vom 21. bis 25. April stattfindet, wurde einberufen, um die Aktivitäten der Initiative seit deren Beginn im Oktober 2002 zu überprüfen. Es nehmen mehr als 240 Personen aus ganz Afrika sowie BeobachterInnen aus Europa und Nordamerika teil. Beim Gipfel sind acht Glaubensgemeinschaften vertreten: Afrikanische traditionelle Religion, Bahaismus, Buddhismus, Christentum, Hinduismus, Islam, Judentum und Rastafarianismus.

Das Thema des Gipfels, der vom LWB koordiniert wird und dessen Gastgeber das Nationale Forum der ReligionsführerInnen in Südafrika (NRLFSA) ist, lautet „Zusammenarbeit für Frieden in Afrika“.

„Wenn wir ein neues Afrika schaffen wollen, brauchen wir eine neue Einstellung zueinander. Als Religionsführer und Religionsführerinnen brauchen wir eine neue Achtung und gegenseitige Annahme füreinander. Und wir müssen im politischen Leben den Wunsch und das Bestreben, Rache zu üben, mildern“, betonte Noko. ReligionsführerInnen dürfen nicht parteiisch sein.

Noko hob weiterhin hervor, dass Frieden und Stabilität wesentliche Voraussetzung dafür seien, in den Bereichen Gesundheit und Umweltschutz Fortschritte zu erzielen. Wenn man die Lage in den verschiedenen Regionen Afrikas analysiere, die von Instabilität, Spannungen und ethnischer Gewalt geprägt sei, so bedeute das Engagement für den Frieden „Einsatz für die Zukunft des afrikanischen Kontinents und seiner Völker“.

Noko rief die afrikanischen Religionsgemeinschaften auf, sich den IFAPA-Prozess zu Eigen zu machen und in seinem Rahmen interreligiöse Delegationen zu entsenden, Austauschprogramme durchzuführen, Krisenmanagement und Friedensarbeit zu betreiben und die entsprechenden Netzwerke aufzubauen.

„Hinter den interreligiösen Solidaritätsdelegationen stand der Gedanke, afrikanische Religionsführer und Religionsführerinnen an religions- und grenzü-



Prozession im Vorfeld der Eröffnung des Zweiten IFAPA-Gipfels: (von li. nach re.) Pfr. Gilbert Boissa, Präsident des Rates der ReligionsführerInnen der Region Ituri (Demokratische Republik Kongo); Ilukpitiye Pannasekara (Buddhist) aus Tansania; Gbetta Houtinme Hounon (Hohe Priesterin, Vodoun-Hwendo) aus Benin; und der lutherische Bischof Litsietsi M. Dube aus Simbabwe. © LWB/Andreas Vlachakis

bergreifenden Solidaritätsaktionen zu beteiligen. Was wir [im Rahmen von IFAPA] ausgerichtet haben, ist nur schwer messbar. Sicher ist aber, wir haben viel voneinander gelernt“, so Noko.

Dr. Usman Bugaje, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im nigerianischen Bundestparlament, stellte zur Diskussion, ob ReligionsführerInnen, die sich an der Schürung von Konflikten mitschuldig machten, dafür öffentlich in die Verantwortung zu nehmen seien.



Hauptreferent des Zweiten IFAPA-Gipfels: Dr. Usman Bugaje aus Nigeria. © LWB/Andreas Vlachakis

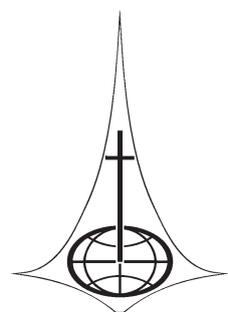
Bugaje betonte im Hauptreferat des Gipfeltreffens, dass die religiöse Elite ermutigt werden müsse, sich zu öffnen und intensiv über Auslegungen und Haltungen zu diskutieren, insbesondere im Blick auf deren mögliches Konfliktpotenzial innerhalb einer Glaubensgemeinschaft oder in deren Verhältnis zu ihrer Umgebung.

Zwar entwickelten sich viele Konflikte auf der Grundlage der Faktoren Macht, Wohlstand und Religion, so Bugaje. Es sei jedoch wichtig, dass wir „nicht bei der schlichten Frage stehen bleiben, was einen Konflikt verursacht, sondern weitergehen

zu der oft wichtigeren Frage, ‚wer‘“.

Bugaje nannte als weitere Faktoren, die Konflikte förderten, eine schlechte Regierungsführung, falsch verstandene Werte und unzureichende Kommunikation. „Wir müssen wirksamere und zuverlässigere Kommunikationsmittel zwischen Religionen und Kulturen suchen ... interreligiöse Gipfel wie dieser sind vielleicht eine solche Möglichkeit.“

In seiner Erklärung zur Unterstützung von IFAPA betonte der mauretanische Präsident Maaouya Ould Sid'Ahmed Taya die herausragende Bedeutung des



Dialogs zwischen den FührerInnen der vielfältigen afrikanischen Religionen und Kulturen als wirksame Möglichkeit, Extremismus und Gewalt zu unterbinden.

Hamadi Ould Meimou, mauretischer Kommissar für Menschenrechte, überbrachte den GipfelteilnehmerInnen die Botschaft des Präsidenten, wonach IFAPA „der Welt angesichts religiöser und kultureller Vielfalt ein Beispiel für Toleranz und Versöhnung“ gebe.

„Wir widersprechen den Stimmen, die den internationalen Terrorismus als Aspekt des Kampfes zwischen Kulturen und Religionen darstellen... Das Phänomen des Terrorismus ist weder an eine bestimmte Religion



Hamadi Ould Meimou, Kommissar für Menschenrechte aus Mauretanien, überbrachte eine Botschaft des mauretianischen Präsidenten Maaouya O. Taya. © LWB/Andreas Vlachakis



Viele Konflikte werden von VerantwortungsträgerInnen ausgelöst, erklärte der Untergeneralsekretär und Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen, Olara Otunnu. © LWB/Andreas Vlachakis

noch Kultur gebunden“, so Präsident Taya in seiner Botschaft.

Olara Otunnu, Untergeneralsekretär und Sonderbeauftragter des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte bei den Vereinten Nationen, betonte gleichfalls, die ReligionsführerInnen stünden vor der Herausforderung, positive und humane Wegweisung zu geben.

Otunnu hob hervor, viele Konflikte würden von VerantwortungsträgerInnen ausgelöst. „Gleichgültigkeit ist keine Option. Untätigkeit ist keine Option. Religionsführer und Religionsführerinnen müssen ihre Funktion bei der Vorbeugung von Kriegen unterstreichen“, so Otunnus Fazit. (679 Wörter)

Interreligiöse Kampagne zum Wohle Afrikas eröffnet

Johannesburg (Südafrika)/Genf, 23. April 2005 (LWI) – Eine aufrüttelnde Botschaft der Versöhnung und des Wiederaufbaus haben die am interreligiösen Friedensgipfel in der Nähe von Johannesburg (Südafrika) teilnehmenden Frauen bei der Eröffnung der Kampagne „Appell einer Mutter für das Wohl Afrikas“ an ihren Kontinent gerichtet.

Am 22. April wurde im Rahmen einer bewegenden Darbietung von Lyrik, heiligen Texten und Tanz der

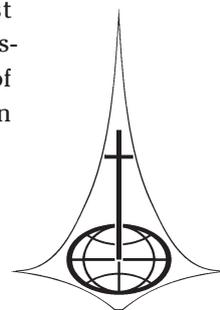
„Appell einer Mutter für das Wohl Afrikas“ präsentiert. Er steht am Beginn einer interreligiösen Kampagne, die Programme zur Heilung und Begleitung von Kriegsopfern unterstützen soll. Die Kampagne wurde von der „Konsultation der Mütter und Töchter Afrikas“ initiiert, an der vom 18. bis 20. April über 100 Frauen aus ganz Afrika teilgenommen hatten.

Die Eröffnung der Kampagne im Rahmen des Zweiten IFAPA-Gipfels begann mit einem farbenfrohen Einzug der Frauen. Sie trugen Plakate, die eine Reihe der Probleme nannten, mit denen Frauen in Afrika konfrontiert sind: „AIDS“, „Konflikte“, „Weibliche Genitalverstümmelung“, „Armut“ sowie „Gewalt“.

„Die afrikanischen Frauen sollten sich vereint gegen den Krieg stellen... Das geht alle an, denn Frieden dient dem Gemeinwohl“, betonte Dandi Lou Amanan. Amanan war beim Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen als Sozialarbeiterin in Konfliktzonen tätig und ist Gründerin der Frauen-Antikriegsbewegung „Vision and Action of African Women Against Wars“ in Elfenbeinküste.



Eröffnung der Kampagne „Appell einer Mutter für das Wohl Afrikas“ in Johannesburg (Südafrika): Delegierte benennen zentrale Themen: „Gewalt“, „AIDS“, „Konflikte“, „Weibliche Genitalverstümmelung“ sowie „Armut“. © LWB/Andreas Vlachakis



In einer Solidaritätserklärung bekannten die weiblichen Verantwortungsträgerinnen, dass Männer und Frauen in gewaltsamen Konflikten und Kriegen in Afrika gleichermaßen TäterInnen und Opfer seien. Solche Konflikte hätten, so die Erklärung, das geistliche, wirtschaftliche, soziale und politische Wohl Afrikas zerstört.

Die Erklärung betonte zudem, dass afrikanische Frauen bei der Schaffung sozialen Gleichgewichts und bei der Integration aller Menschen in die Gesellschaft eine entscheidende Rolle spielten. Daher dürften sie von der Diskussion über Fragen des Friedens und der Sicherheit nicht ausgeschlossen werden. Die Beiträge von Frauen aus dem interreligiösen



Dr. Brigalia Bam, Vorsitzende der südafrikanischen Unabhängigen Wahlkommission. © LWB/Andreas Vlachakis

Bereich würden einer neuen Dimension Vorschub leisten, mit deren Hilfe Fortschritte auf dem Weg zu einem umfassenden und tragfähigen Frieden in Afrika erzielt werden könnten.

Die Frauen gingen die Verpflichtung ein, ein interreligiöses Netzwerk afrikanischer Frauen aufzubauen, Kontaktpersonen auf der regionalen und nationalen Ebene zu beauftragen, den Kontakt zwischen den Gemeinschaften vor Ort und der IFAPA zu pflegen, sowie ein Internetforum zum Erfahrungsaustausch einzurichten.

Der interreligiösen Kampagne im Rahmen des „Appells einer Mutter für das Wohl Afrikas“ schloss sich unter anderem Dr. Brigalia Bam, Vorsitzende der südafrikanischen Unabhängigen Wahlkommission, an. Sie hatte bereits vor der Kampagneneröffnung in einer Ansprache an den Gipfel die Frauen ermutigt, Frauenbewegungen als Instrumente zu benutzen, um die Entscheidungsfindung zu wichtigen Fragen zu beeinflussen, die direkte Auswirkungen auf die Situation der Frauen und der gesamten Gesellschaft hätten.

(524 Wörter)



Zeichen der Solidarität mit dem Ringen afrikanischer Frauen um Frieden: Männer und Frauen singen gemeinsam „We shall overcome“. © LWB/Andreas Vlachakis

Missbrauch heiliger Schriften zur Rechtfertigung von Kriegen verurteilt

Johannesburg (Südafrika)/Genf, 25. April 2005 (LWI) – Pfr. Dr. Samuel Kobia, Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) mit Hauptsitz in Genf, hat die afrikanischen Glaubensgemeinschaften davor gewarnt, auf der Grundlage heiliger Schriften Kriege zu rechtfertigen.

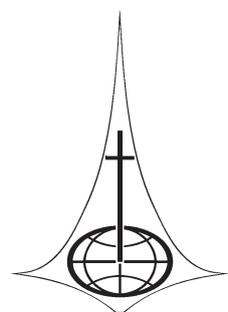
„Als gläubige Menschen sollten wir heilige Schriften nicht dazu benutzen, Kriegen eine moralische Rechtfertigung zu geben, denn so fällt es leichter zu kämpfen“, erklärte Kobia vor den Delegierten und geladenen Gästen beim Zweiten IFAPA-Gipfel in der Nähe von Johannesburg. Im Rahmen des Gipfels wird ein Überblick über Konfliktsituationen und Friedensbemühungen in verschiedenen Teilen Afrikas gegeben.

Kobia leitete eine Podiumsdiskussion zu Gebrauch und Missbrauch heiliger Schriften in Konfliktsituationen und betonte bei dieser Gelegenheit, es sei notwendig, die Relevanz des reichen Erbes und der Vielfalt aller Religionen für den jeweiligen Kontext zu erschliessen.



ÖRK-Generalsekretär Pfr. Dr. Samuel Kobia (re.) und die südafrikanische Pfarrerin Sue Britton (li.) während der Podiumsdiskussion zum Gebrauch und Missbrauch heiliger Schriften in Konfliktsituationen in Johannesburg (Südafrika). © LWB/Andreas Vlachakis

An der Podiumsdiskussion nahm unter anderem Scheich Khaled Adlen Bentounes teil, der den Französischen Rat für die muslimische Religion vertrat. Er betonte, keine moderne Religion könne vorgeben,



gewaltfrei zu sein. Die Auslegung der heiligen Schriften sei von entscheidender Bedeutung, da man diese „aus positiver oder negativer Perspektive betrachten“ könne.

Gladys Quartey-Papafio aus Ghana, Vertreterin des Bahaismus, erklärte, die Vielfalt der Religionen und die grosse Zahl von Sekten unter den Menschen rufe widersprüchliche Wahrnehmungen hervor. Frieden, so Quartey-Papafio, sei Grundelement aller Religionen. „Es ist die nach aussen sichtbare Praxis, die sich so sehr unterscheidet, und hieraus entstehen Konflikte, Streit und Feindschaft.“

Quartey-Papafio nannte Unwissenheit, Hochmut und den Mangel an massgebenden Auslegungen heiliger Schriften als Faktoren, die zu Konflikten beitragen. Sie richtete an die ReligionsführerInnen die Herausforderung, für die Anerkennung und Annahme der Einheit Gottes, der Religion und der Menschheit zu werben, um so Konflikten den Boden zu entziehen.

Prabhudas Pattni, Generalsekretär des Afrikanischen hinduistischen Rates, stellte fest, die Menschen müssten akzeptieren, dass es viele Wege zu Gott gebe. Er rief zu mehr Toleranz sowie gegenseitiger Annahme auf und betonte, um Konflikte zu vermeiden, müsse man sich vor einer „bewussten Fehlinterpretation dessen, was wir lesen“ hüten.

Die südafrikanische anglikanische Pfarrerin Sue Brittion aus Durban vertrat die Weltkonferenz der Religionen für den Frieden (World Conference on Religion and Peace, WCRP). Sie betonte, es sei notwendig, die christliche Heilige Schrift unter angemessener Berücksichtigung des historischen, soziopolitischen und wirtschaftlichen Kontexts zu lesen, in dem die Bücher geschrieben worden seien.

Heilige Schriften würden, so Brittion, häufig für die Interessen derjenigen missbraucht, die sie lesen, bzw. für die Interessen



Gladys Quartey-Papafio, Vertreterin des Bahaismus aus Ghana. © LWB/Andreas Vlachakis

ihrer sozialen Schicht oder Position in der Gesellschaft. „Es gibt Texte, die zur Gewalt aufrufen und Texte, die Frieden und Gewaltlosigkeit fördern ... man kann immer einen Text finden, der sich für die eigenen Zwecke einsetzen lässt.“ Es sei notwendig, dem Missbrauch heiliger Schriften entgegenzutreten, erklärte Brittion.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion wurde ein Appell an religiöse Institutionen gerichtet, ihre jeweiligen Dogmen und ihre Praxis daraufhin zu überprüfen, welche Aspekte in der Folge der Terroranschläge auf die Vereinigten Staaten von Amerika am 11. September 2001 den Rassismus, besonders in Europa und Asien, gefördert hätten.

Doudou Diene, Sonderberichterstatte der Menschenrechtskommission über zeitgenössische Formen des Rassismus, der Rassendiskriminierung, der Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz, betonte, es bestehe dringender Bedarf, das interreligiöse Gespräch zu suchen, um eine Entwicklung zu verhindern, die zu einem Konflikt der Kulturen führen könne.

In seinem Vortrag zum Thema „Rassismus, Religion und Dialog“ empfahl Diene, sich gegenseitig besser kennen zu lernen und interreligiöse Initiativen für Frieden und Verständigung zu verwirklichen.

(556 Wörter)

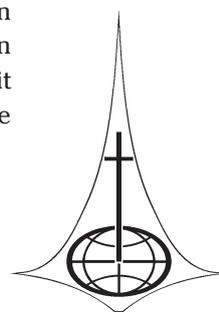


Es gibt viele Wege zu Gott, betonte Prabhudas Pattni (re.), Generalsekretär des Afrikanischen hinduistischen Rates. Links im Bild: Scheich Khaled Adlen Bentounes vom Französischen Rat für die muslimische Religion. © LWB/Andreas Vlachakis

Zweiter IFAPA-Gipfel verabschiedet Kopanong-Manifest

Johannesburg (Südafrika)/Genf, 27. April 2005 (LWI) – VertreterInnen der grossen afrikanischen Glaubensgemeinschaften haben die Bedeutung fortgesetzter interreligiöser Bemühungen im Blick auf die Probleme, mit denen der Kontinent konfrontiert ist, bekräftigt. In einer Demonstration von Solidarität

und gegenseitiger Akzeptanz am Ende des Zweiten IFAPA-Gipfels verabschiedeten die TeilnehmerInnen einstimmig das „Kopanong-Manifest“ und empfahlen darin einen „echt spirituellen Ansatz“ im Umgang mit den Problemen in Afrika, einschliesslich der Frage von Konflikten.



Man könne in Afrika, so die TeilnehmerInnen, Religion und Gesellschaft nicht voneinander trennen. Bei der Tagung waren Delegierte der Traditionellen afrikanischen Religion, von Bahaismus, Buddhismus, Christentum, Hinduismus, Islam, Judentum und Rastafarianismus vertreten.

Im Rahmen von Vorträgen und Anhörungen beim Gipfel und bei der vorhergehenden „Konsultation der Mütter und Töchter Afrikas“ vom 18. bis 20. April hatten sich die ReligionsführerInnen mit einer Reihe von Konfliktsituationen und Mechanismen der Friedensarbeit in der Region Westafrika, im Sudan und in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) befasst. Sie bekräftigten die Grundprinzipien der politischen Unabhängigkeit, Transparenz und Neutralität gegenüber religiösen Dogmen und Systemen, auf die sich der IFAPA-Prozess stützt, und verpflichteten sich, am schrittweisen Prozess der Verwirklichung eines dauerhaften Friedens in den vielfältigen afrikanischen Gesellschaften und Staaten mitzuwirken.

Die ReligionsvertreterInnen aus mehr als 30 afrikanischen Ländern betonten, sie könnten, mit Hilfe aufgeklärter religiöser Lehren als einigende Kraft in der Gesellschaft, einen wichtigen Beitrag zu einem tragfähigen Frieden leisten. Ein weiterer Beitrag sei die Einflussnahme auf die jeweilige Regierung, damit umfassende Friedensinitiativen verwirklicht würden. Weiterhin verpflichteten sich die TeilnehmerInnen, konsequent darauf hinzuweisen, dass die wirtschaftliche Kluft zwischen „extrem Reichen und bitter Armen“ verringert werden müsse und dass die Gleichbehandlung der Geschlechter sowie die Emanzipierung der



Der Initiator des IFAPA-Gipfels Pfr. Dr. Ishmael Noko (Mitte), Generalsekretär des LWB, gemeinsam mit Mariama Hadja Sow (li.), Delegierte aus Guinea, und Ashwin Trikamjee (re.), Vorsitzender des Nationalen Forums der ReligionsführerInnen in Südafrika, während des Zweiten IFAPA-Gipfels in Johannesburg (Südafrika). © LWB/Andreas Vlachakis

Frauen von „grösster Bedeutung“ für die Friedensarbeit sei. Als gleichermaßen bedeutend sei ihnen der grosse Einfluss der Bildung im Blick auf „Frieden und Eintracht sowie die Vermittlung ethischer Werte an unsere Kinder jenseits einer reinen Bücherweisheit“ bewusst geworden, so die TeilnehmerInnen.

Pfr. Dr. Ishmael Noko, Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB) und Initiator des Gipfels, bezeichnete das Treffen der ReligionsführerInnen als grossen Erfolg und stellte fest, dass seit Beginn der interreligiösen Initiative das Vertrauen zwischen VertreterInnen unterschiedlicher Glaubensrichtungen gewachsen sei. „Wir kennen einander inzwischen sehr gut“, so Noko.

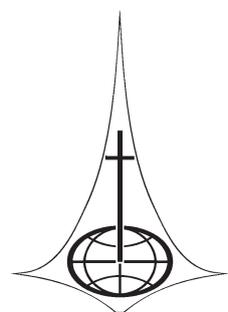
Der IFAPA-Prozess hatte im Oktober 2002 mit einem ersten Gipfel begonnen, an dem über 100 Delegierte teilnahmen. Die Johannesburger Interreligiöse Erklärung zum Frieden und der Aktionsplan, die damals verabschiedet wurden, hätten,

zusammen mit der Weiterarbeit auf der Grundlage dieser Dokumente, einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung „unserer gemeinsamen Vision für Frieden in Afrika“ geleistet. „Sie boten uns den Rahmen für Begegnungen und Zusammenarbeit im Blick auf unsere interreligiösen Bemühungen um Frieden in Afrika – über nationale wie religiöse Grenzen hinweg.“ Dies erklärten die mehr als 240 Delegierten des diesjährigen Gipfels im „Kopanong-Manifest“.

In der im Hotel und Konferenzzentrum Kopanong bei



Die TeilnehmerInnen des Zweiten IFAPA-Gipfels vertreten acht Glaubensgemeinschaften (Afrikanische traditionelle Religion, Bahaismus, Buddhismus, Christentum, Hinduismus, Islam, Judentum und Rastafarianismus) und kamen aus über 30 Ländern. © LWB/Andreas Vlachakis



Johannesburg, dem Tagungsort des Gipfels, verabschiedeten Erklärung beauftragten die ReligionsführerInnen die IFAPA, die interreligiösen Besuche in von Konflikten aktuell oder in der jüngeren Vergangenheit betroffenen sowie potenziell konfliktgefährdeten Gebieten fortzusetzen sowie in diesen Gebieten mit interreligiösen Friedensinitiativen an der Basis zusammenzuarbeiten und diese zu unterstützen. Besonders genannt wurden Besuche in Liberia, der DRK, Mauretanien und im Südsudan sowie gegenseitige Besuche von Landminenopfern aus Uganda, dem Sudan und Äthiopien.

Einer der Höhepunkte der einwöchigen Tagung war ein vom Vizekanzler der Universität Südafrika (University of South Africa, UNISA), Prof. Barney N. Pityana, ausgerichteter Empfang, in dessen Rahmen Prof. Pityana die IFAPA aufforderte, Möglichkeiten für eine Partnerschaft mit der UNISA, einer der führenden Hochschulen des Kontinents, zu prüfen. Im Manifest betonten die GipfelteilnehmerInnen, es sei notwendig, dass die IFAPA solche Kontakte knüpfe, um Wissenschaft und Forschung im Bereich Konfliktlösung und Friedensarbeit zu fördern.

Die IFAPA solle, so das Manifest, auch die Förderung von Netzwerken und Zusammenarbeit zwischen

nationalen und regionalen interreligiösen Initiativen, internationalen interreligiösen Organisationen sowie Regierungen und zwischenstaatlichen Organisationen betreiben, die in der jeweiligen Region für den Frieden tätig sind.

Die ReligionsführerInnen betonten, die kontinentweite Initiative habe sich als Netzwerk von Religionsgemeinschaften und deren VerantwortungsträgerInnen Glaubwürdigkeit und Vertrauen erworben. Sie kamen überein, in weiteren drei Jahren erneut zusammenzutreffen, um die erzielten Fortschritte zu prüfen und die weitere Entwicklung der Initiative zu erörtern.

In einer Pressekonferenz nach Verabschiedung des Manifests appellierte LWB-Generalsekretär Noko an die politisch Verantwortlichen in Afrika, den Dialog zu fördern und erklärte, die ReligionsführerInnen seien bereit, eine ergänzende Rolle zu den Regierungen zu übernehmen. Noko betonte, die GipfelteilnehmerInnen hätten sehr stark empfunden, dass sich fortsetzende Gewaltspiralen „Afrika zu einem Kontinent [machen], der von zahlreichen noch unverheilten Erinnerungen geprägt ist“.

(738 Wörter)

Kongo: ReligionsführerInnen wünschen interreligiöses Eingreifen zur Beendigung des Konflikts

Johannesburg (Südafrika)/Genf, 27. April 2005

– Kongolesische ReligionsführerInnen haben vor einer drohenden Eskalation des Konflikts im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DRK) gewarnt. Während des Zweiten IFAPA-Gipfels drängten sie auf die umgehende Entsendung einer IFAPA-Delegation sowie von VertreterInnen internationaler Friedensgremien.

Pfr. Gilbert Boissa, Leiter der Delegation aus der DRK beim Zweiten IFAPA-Gipfel, forderte die ReligionsführerInnen auf, Einfluss auf die politischen Führungen von DRK, Uganda und Ruanda zu nehmen, damit diese umgehend eine Lösung für das insbesondere die östliche DRK betreffende Sicherheitsproblem suchen.

Boissa stellte fest, dass parallel zur wachsenden Armut in der Region der Waffenschmuggel zunehme. Zudem steige die HIV/AIDS-Rate unter jungen Menschen, seit 1998 die noch heute anhaltenden Kämpfe zwischen Milizen und Regierungstruppen ausgebrochen seien. Nach Schätzungen sind bisher etwa 3,3 Millionen Opfer zu beklagen, die Mehrzahl davon Frauen, Kinder und alte Menschen. Todesursache sind vor allem Hunger und Krankheiten. Weitere zwei Millionen Menschen sind aus ihrer Heimat vertrieben worden. Nur konzertierte Bemühungen der hochrangigsten VerantwortungsträgerInnen in den drei Ländern der Region um die Grossen Seen könnten nach Boissas Einschätzung den Konflikt beenden, der

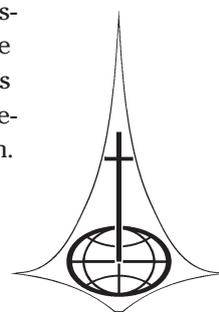


Doudou Diene (li.), Sonderberichterstatter der UN-Menschenrechtskommission über zeitgenössische Formen des Rassismus, der Rassendiskriminierung, der Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz, und Marie Françoise Lutala (re.), Delegierte der Demokratischen Republik Kongo. © LWB/Andreas Vlachakis

sich um die Kontrolle über die Ressourcen und den Kampf um politische Macht entzündet habe.

Nach der IFAPA-Friedensmission im Oktober 2004 habe sich die Lage beruhigt, in den letzten Monaten jedoch sei die Sicherheitssituation wieder schlechter geworden, so Boissa.

Im vom Zweiten IFAPA-Gipfel verabschiedeten „Kopanong-Manifest“ haben die teilnehmenden ReligionsführerInnen ebenfalls die Notwendigkeit betont, solche Solidaritätsbesuche fortzusetzen und festgestellt, dass diese Besuche alle Beteiligten – BesucherInnen und Besuchte – gleichermassen ermutigt und inspiriert hätten.





IFAPA-Delegierte aus Uganda präsentieren das Motto der interreligiösen Bewegung ihres Landes: „Religion – für Liebe und Frieden“. © LWB/Andreas Vlachakis

Ein umgehendes Aktivwerden wurde auch angesichts der Konflikte in Norduganda, Togo und Burundi gefordert.

All diese Aktivitäten erfordern jedoch auch eine angemessene längerfristige Weiterführung, damit bestehende Chancen ausgebaut und die geweckten Erwartungen erfüllt werden können. Die Delegierten beim Zweiten IFAPA-Gipfel würdigten den Besuch einer interreligiösen Abordnung im Südsudan im vergangenen März und forderten einen vergleichbaren Besuch auch im Nordsudan. Sie erklärten, das 2005 unterzeichnete Friedensabkommen zwischen der sudanesischen Rebellenorganisation SPLM/A (Sudanese People's Liberation Movement/Army)

und der Regierung in Khartum stelle einen bedeutenden Schritt dar. Das Hauptanliegen, den Frieden zu erhalten, bleibe jedoch weiterhin akut. (Vgl. LWI Nr. 03/2005, Seite 16)

VertreterInnen ugandischer Religionsgemeinschaften drängten auf ein umgehendes Eingreifen im Norden des Landes, wo sich seit fast zwei Jahrzehnten die „Widerstandsarmee des Herrn“ (The Lord's Resistance Army, LRA) und Regierungstruppen bekämpfen und inzwischen 90 Prozent der Bevölkerung vertrieben wurden. So leben die 1,5 Millionen Binnenvertriebenen nicht nur unter menschenunwürdigen Bedingungen in überfüllten Lagern, auch die Sicherheitslage bleibt äusserst problematisch. Kinder werden verschleppt und gewaltsam zum Kämpfen gezwungen, wobei die Mädchen gleichzeitig auch als Sexsklavinnen missbraucht werden. Die Menschen leiden unter Überfällen, werden Opfer von Massakern und müssen immer wieder zusehen, wie ihre Hütten angezündet werden.

Pfr. Macleord Baker Ochola II., der die in Norduganda angesiedelte Acholi Religious Leaders' Peace Initiative (ARLPI) beim Gipfel vertrat, äusserte die Hoffnung, der Frieden im Südsudan werde positive Auswirkungen auf vergleichbare Initiativen im Norden des Landes haben, da die LRA vom Südsudan aus operiere. Ocholla II. hatte den Besuch der interreligiösen Delegation im Sudan geleitet. (503 Wörter)

Medienarbeit soll Frieden in Afrika und weltweit fördern

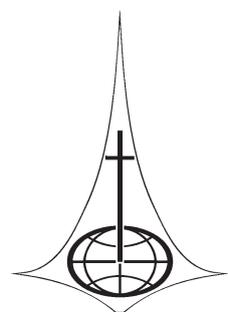
Johannesburg (Südafrika)/Genf, 27. April 2005 (LWI) – Beim Zweiten Gipfel der Interreligiösen Initiative für Frieden in Afrika (IFAPA) hat eine Gruppe von MedienvertreterInnen die Gründung eines Netzwerks für Medienschaffende beschlossen, die im interreligiösen Kontext mit ihrer Berichterstattung in Afrika und weltweit friedensfördernd wirken.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion zur Rolle der Medien im Blick auf interreligiöse Initiativen für Frieden in Afrika brachten JournalistInnen aus Ost-, Nord-, Süd- und Westafrika sowie Europa und Nordamerika ihre jeweilige regionale Perspektive ein. Insbesondere befassten sie sich mit der Frage, wem die Medien rechenschaftspflichtig seien und welche Konsequenzen sich daraus für die Berichterstattung zu Konflikten ergäben. Weitere Schwerpunkte bildeten die Herausforderungen und Risiken der Berichterstattung über Konfliktsituationen. Weiterhin diskutierten die PodiumsteilnehmerInnen Möglichkeiten des Einsatzes verschiedener Medien bei der Schürung oder aber Lösung von Konflikten sowie der Konfliktvermeidung und die Rolle lokaler und internationaler Medien im Blick auf Konfliktlösung und Friedensarbeit.

Ein Teilnehmer der Podiumsdiskussion betonte, internationale Medien spielten eine wichtige Rolle bei der Verbreitung packender Meldungen, die sich insbesondere bei Katastrophen „positiv auswirken, indem sie die Aufmerksamkeit der Welt wecken und zur Reaktion animieren“. Es sei jedoch nicht sehr wahrscheinlich, dass diese Medien in der Folge auch weniger tagesaktuelle Informationen verbreiteten, die aber für den langfristigen Wiederaufbau entscheidend sein könnten. Die lokalen Medien seien von wesentlicher Bedeutung im Blick auf Konfliktlösung und Friedensarbeit.

Alle Medien, egal ob in öffentlicher oder privater Hand, haben das Potenzial, Konflikte lösen oder auch schüren zu können, so die TeilnehmerInnen der Podiumsdiskussion. Ethische Massstäbe für die Medienarbeit schrieben die Suche nach der Wahrheit, eine unabhängige Berichterstattung sowie das Bemühen vor, Schaden wo immer möglich abzuwenden. Es wurde betont, dass JournalistInnen grundsätzlich die Aufgabe hätten, objektiv zu berichten.

Die Medienschaffenden riefen die ReligionsführerInnen auf, die ergänzende Rolle anzuerkennen, die die Medien bei der Verwirklichung des Friedens in



Afrika und weltweit hätten. Eine Öffnung gegenüber den Medien, so die JournalistInnen, würde Vorurteile in diesem Bereich abbauen und der Öffentlichkeit die Möglichkeit geben, die hervorhebenswerte Arbeit

verschiedener religiöser Organisationen besser würdigen und auch dazu beitragen zu können.

Als Beispiel wurde das Programm der Abteilung für Weltdienst (AWD) des Lutherischen Weltbundes (LWB) in der Islamischen Republik Mauretanien genannt. Dort habe der offene Umgang mit den Medien ein verbessertes Verständnis für die humanitäre Arbeit geschaffen, die LWB/AWD seit 30 Jahren in dem nordafrikanischen Land leiste.

An der Podiumsdiskussion nahmen teil: Elizabeth Lobulu (Tansania), Val Pauquet (Südafrika), Ba Adama Moussa (Mauretani- en), Philip Sandi (Liberia), Corinna Mühlstädt (Deutschland) und Michael McAteer (Kana- da). Moderiert wurde die Veranstaltung von Thapelo Mkushane aus Südafrika. Für den Zweiten IFAPA-Gipfel waren insgesamt 21 MedienvertreterInnen akkreditiert.

(429 Wörter)



TeilnehmerInnen der Podiumsdiskussion zur Rolle der Medien im Blick auf interreligiöse Initiativen für Frieden in Afrika: (von li. nach re.) Val Pauquet (Südafrika); Ba Adama Moussa (Mauretanien); Thapelo Mokushane (Südafrika); und Elizabeth Lobulu (Tansania). © LWB/Andreas Vlachakis

Uraufführung von Luther-Oper in Bratislava

Eine Oper über Martin Luther wurde am 22. Mai in Bratislava (Slowakische Republik) uraufgeführt. Das rund 70-minütige Bühnenwerk zeichnet den Lebensweg des Reformators in seinen wichtigsten Etappen nach. Leitmotiv ist das bekannte Zitat Luthers: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders.“

Die Oper ist ein ökumenisches Projekt. Neben Mitwirkenden aus der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in der Slowakischen Republik (EKABSR) sind auch KünstlerInnen aus der orthodoxen sowie römisch- und griechisch-katholischen Kirche in der Slowakischen Republik beteiligt. Die Komposition stammt von dem slowakischen Musikprofessor Vitazoslav Kubicka, der bereits mehrere geistliche Opern vertont hat.

„Ziel ist es, die Geschichte Martin Luthers für die heutige Generation interessant zu machen“, berichtet Eva Bachlétova, Medienreferentin der EKABSR und Hauptinitiatorin

des Projektes. Lichtinstallationen und Videoprojektionen verbänden sich mit dem historischen Szenario. Darstellung und Inszenierung würden sich am aktuellen Stand der Luther-Forschung orientieren, so Bachlétova.

Eine Aufführung der Luther-Oper ist auch für ein Treffen von ChristInnen aus Deutschland, Polen, der Slowakischen Republik sowie der Tschechischen Republik im Juni in der tschechischen Hauptstadt Prag geplant. Im Anschluss wird die Luther-Oper in slowakischen Gemeinden sowie in der westslowakischen Stadt Nitra aufgeführt.

Erstmals wurde eine über Martin Luther komponierte Oper im Dezember 2000 an der finnischen Nationaloper in Helsinki aufgeführt. Der Komponist und Librettist dieses Werkes, Kari Tikka, ist Träger des Kulturpreises der Evangelisch-Lutherischen Kirche Finnlands. (221 Wörter)

Kanadische LutheranerInnen stimmen über Segnung gleichgeschlechtlicher Paare ab

Die Nationalversammlung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Kanada (ELKIK) wird sich auf ihrer Tagung vom 21. bis 24. Juli mit einer Resolution befassen, nach der die Entscheidung für oder gegen die Segnung gleichgeschlechtlicher Beziehungen auf Gemeindeebene getroffen werden könnte. Der Kirchenrat der ELKIK sei ersucht worden, so

eine Pressemitteilung der Kirche, Richtlinien für die seelsorgerliche Praxis der Synoden, Gemeinden und PfarrerInnen in dieser Frage zu erarbeiten. „Der Kirchenrat erkennt an, dass es innerhalb unserer Kirche Meinungsunterschiede in dieser umstrittenen Frage gibt“, betonte der Nationalbischof der ELKIK, Raymond L. Schultz. (96 Wörter)

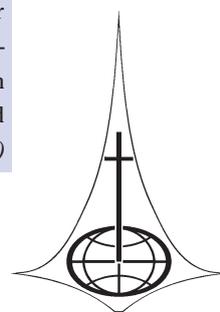
Barbara-Maria Vahl neue Pressesprecherin des Diakonischen Werkes

Barbara-Maria Vahl (49) ist neue Pressesprecherin des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

Die Journalistin arbeitet seit 15 Jahren für den Öffentlichen Hörfunk in Deutschland sowie verschiedene Printmedien. Von 2000 bis 2003 war sie UN-Korrespondentin in New York (USA). In den Jahren 1998 und 1999 arbeitete Vahl als Pressereferentin bei „Brot für die Welt“ in Stuttgart (Deutschland).

Barbara-Maria Vahl studierte Journalismus und Kommunikationswissenschaften in Hannover (Deutschland). Zuvor absolvierte sie ein Studium zur Gymnasiallehrerin. Sie ist verheiratet und Mutter von drei Kindern.

Das Diakonische Werk der EKD ist ein Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege und vertritt die Diakonie der evangelischen Kirchen und der mit dem Werk zusammenarbeitenden Freikirchen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und in in- und ausländischen Organisationen. (126 Wörter)



FEATURE: Interreligiöse Initiative in Afrika unterstützt überlebende Landminen-Opfer

Forderung nach Verringerung der Risiken und Verstärkung der Rehabilitationsmassnahmen

Kampala (Uganda)/Genf, 26. Mai 2005 (LWI) – „Als ich am nächsten Tag aufwachte, war ich verstümmelt.“ So fasste Margaret Arach Orech, ein aktives Mitglied der Internationalen Kampagne zum Landminen-Verbot (ICBL), ihre Begegnung 1998 mit den Rebellen der LRA (Lord's Resistance Army) in Norduganda zusammen.

Sie war in einen Hinterhalt geraten, als sie die Stadt Kitgum verlassen wollte. Zunächst hielt sie die Explosion für einen geplatzten Reifen. „Dass ich ein Bein verloren hatte, bemerkte ich noch gar nicht“, so Orech vor den TeilnehmerInnen eines Austauschprogramms für überlebende Landminen-Opfer, das vom 29. März bis 2. April in der ugandischen Hauptstadt Kampala stattfand.

„Ich habe neun Stunden lang Blut verloren, ehe wir das Krankenhaus erreichten“, berichtete Orech, zurzeit eine der Vorsitzenden der Arbeitsgruppe zur Unterstützung von Minenopfern (WGVA) der ICBL.

An dem Austauschprogramm für überlebende Landminen-Opfer beteiligten sich TeilnehmerInnen aus einem breiten Spektrum von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und der Zivilgesellschaft, die ein vollständiges Verbot von Landminen unterstützen. Schätzungen gehen von 60 bis 85 Millionen Landminen in mehr als 60 Ländern aus.

Machok Majong, zuständig für die Rehabilitation Behinderter im Rahmen der Operation zum Schutz des Lebens von Unschuldigen (OSIL) im Südsudan, wurde bei Kämpfen zwischen der sudanesischen Rebellen-



Margaret Arach Orech, Vorsitzende der ICBL-Arbeitsgruppe zur Unterstützung von Minenopfern. © LWB/Andreas Vlachakis

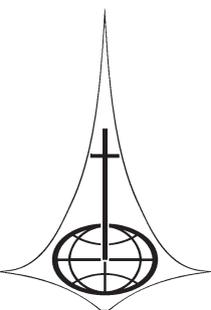
organisation SPLM/A (Sudanese People's Liberation Movement/Army) und Regierungstruppen verwundet. Im Blick auf seine Mitarbeit bei OSIL berichtete er: „Wir sagen den Opfern, dass Behinderung nicht gleichbedeutend ist mit Unfähigkeit. Sie können immer noch nützliche Glieder der Gemeinschaft sein.“

Majong betonte, es gebe viele Behinderte im Südsudan. Sie seien Opfer der zahlreichen sogenannten unentdeckten Minenfelder nicht explodierter Minen (unexploded ordinances – UXOSs). Jetzt umlagerten UXO-Opfer hilflos die Städte – demoralisiert und traumatisiert, ohne jede Betreuung und Unterstützung. „Die (sudanesische) Regierung gewährt ihnen keinerlei Unterstützung. Die SPLM/A ist nicht in der Lage, sie zu unterstützen“, so Majong, der durch eine Minenexplosion einen Arm verloren hat.

Der Austauschbesuch der überlebenden Landminen-Opfer aus Kampala wurde von der Interreligiösen Initiative für Frieden in Afrika (IFAPA) organisiert, die vom Lutherischen Weltbund (LWB) ins Leben gerufen wurde. Es nahmen Delegierte aus Äthiopien, Kenia, dem Südsudan und Uganda teil. Seit ihrer Gründung im Oktober 2002 verfolgt die IFAPA unablässig die Strategie, ReligionsführerInnen für Initiativen zur Verhinderung von Konflikten zu gewinnen, zu Versöhnung zu ermutigen und Friedensbemühungen in mehreren Teilen Afrikas zu unterstützen. Das Programm für überlebende Landmi-



MitarbeiterInnen des LWB/AWD-Länderprogramms in Uganda verteilen Hilfsgüter an Flüchtlinge im Bezirk Adjumani im Norden Ugandas, Mai 2005. © LWB/AWD-Uganda/ACT International



nen-Opfer gilt als wichtiger Beitrag zu langfristigen Friedensprozessen.

Die Koordinatorin der kenianischen Koalition gegen Landminen, Mereso Agina, berichtete, traditionelle Geberorganisationen hielten sich bei der Unterstützung von Hilfsprogrammen für Minenopfer zurück, weil sie der Auffassung seien, es handele sich dabei um nationale Initiativen, die nicht in ihren Bereich fielen. Im Vergleich zu anderen Regionen falle diese Unterstützung für Afrika vergleichsweise gering aus. So habe Afghanistan beispielsweise im Jahr 2004 das Dreifache dessen erhalten, was insgesamt für Angola und Mosambik zur Verfügung gestanden habe.

Bekele Gonfa vom Netzwerk überlebender Landminen-Opfer in Äthiopien berichtete, „es bestehen keine Zweifel daran, dass Personen mit Behinderungen einen umfassenden Anspruch auf die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1948 garantierten Menschenrechte haben.“

Diese Erklärung gehe jedoch nicht genügend auf die spezifischen sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen ein, obwohl ihre Bestimmungen ein beträchtliches Mass an Argumentationshilfen für die schätzungsweise 300.000 bis 400.000 überlebenden Landminen-Opfer biete, mit deren Hilfe sie ihre Menschenrechte einfordern könnten, so Gonfa. Die Zahl der durch Landminen verursachten Unfälle steige nach dem Minen-Überwachungsberichts der ICBL für das Jahr 2004 jährlich um 15.000 bis 20.000 an. Das bedeute, dass in jeder Woche schätzungsweise 500 unschuldige ZivilistInnen getötet oder verwundet werden.

In ihrer Rede vor den TeilnehmerInnen des IFAPA-Austauschprogramms beschrieb die ugandische Ministerin für Katastrophenbereitschaft und Flüchtlingsfragen, Christine Aporu Amongin, die Gefahr, die weltweit von den Landminen ausgehe, als allgegenwärtiges Problem für die ganze Welt. „Zivile Konflikte und Kriege haben (in Afrika) sowohl in den Waffenlagern als auch im Gelände die Zahl der Landminen ansteigen lassen“, erklärte sie.

Ihre Regierung habe fast zwei Jahrzehnte lang gegen die Rebellen der LRA in den nördlichen Bezirken Gulu,



Tausende AngolanerInnen wie Glaudet Lomba (Mitte) wurden Opfer von Landminen, die während des 27 Jahre andauernden Bürgerkriegs verlegt wurden. Noch schätzungsweise zehn Millionen Minen machen weite Gebiete Angolas unbetretbar. © LWB/D.-M. Grötzsch

Kitgum und Pader gekämpft. Dabei seien durch die Aktivitäten der Rebellen und auch durch Landminen Hunderttausende Menschen ums Leben gekommen, seien verstümmelt, verwundet und vertrieben worden.

„Unsere Regierung muss im Zusammenwirken mit religiösen Gruppen, NGOs und kommunalen Gruppierungen die Minengefahr eindämmen und für die Rehabilitation der durch Landminen behinderten Menschen sorgen“, so die Ministerin.

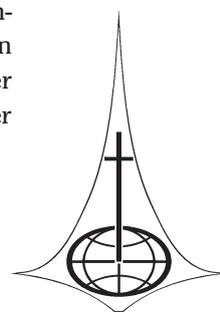
Wenn das Überleben von Opfern nicht durch die weiten Wege zur nächsten Gesundheitseinrichtung behindert wird, dann sind sie oft mit dem Mangel an Hilfsmitteln in den Gesundheitszentren konfrontiert. Nach Berichten von TeilnehmerInnen aus Kassala, im Südsudan, mussten 84 Prozent der Landminen- oder UXO-Opfer mindestens 50 Kilometer weit bis zur nächsten Gesundheitsstation transportiert werden.

Hinzu kommt, dass die besonders stark durch Minen beeinträchtigten Länder auch wirtschaftlich sehr unterentwickelt sind. Es fehlt ihnen an den erforderlichen Einrichtungen und der grundlegenden Infrastruktur, an Strassen, einem Telekommunikationsnetz und an Gesundheitszentren.

Agina hob in ihrer Ansprache hervor, dass die Minen-Aktionsnetzwerke allen Anlass hätten, die jeweiligen Staaten und Geberorganisationen aufzufordern, in ihrer Planung für die Mittelzuweisung der Unterstützung der Minenopfer allerhöchste Priorität einzuräumen.



Scheich Hamid Byamugenzi vom Obersten Muslimischen Gerichtshof in Uganda. © LWB/Andreas Vlachakis



Sheikh Hamid Byamugenzi vom Obersten Muslimischen Gerichtshof in Uganda ging auf die Rolle der Religionsgemeinschaften als Interessenvertreterinnen und Anwältinnen zur Verteidigung der Rechte behinderter Menschen ein. Seiner Ansicht nach sei dafür ein interreligiöses Engagement erforderlich, bei dem es darauf ankäme, die Probleme erst einmal „innerhalb der jeweiligen Religion“ wahrzunehmen. „Bringt die jeweilige Religion selbst den behinderten Gliedern ihrer Gemeinden das erforderliche Mass an Mitgefühl und Achtung entgegen?“ fragte er.

Es sei, so Byamugenzi, aber auch ein inner-religiöser Ansatz erforderlich. Dazu gehöre die Zusammenarbeit mit anderen Religionen im Interesse der Wahrung der Rechte behinderter Menschen und der Behandlung der umfassenderen Friedensfragen in der Gemeinschaft.

In mehreren Resolutionen unterstrichen die Mitglieder der Antilandminen-Kampagne die wichtige Rolle der ReligionsführerInnen bei den Bemühungen um Versöhnung und Frieden in Gemeinschaften, die von Konflikten heimgesucht worden sind. Sie traten ferner dafür ein, die Regierungen an ihre Verpflichtungen aus dem Vertrag über das Landminen-Verbot im Blick auf die Unterstützung der Opfer zu erinnern.

(988 Wörter)

(Ein Beitrag von LWI-Korrespondent Fredrick Nzwili in Nairobi, Kenia.)

Dieser Beitrag gehört zu einer Feature-Serie der Lutherischen Welt-Information (LWI) zum Thema der Zehnten LWB-Vollversammlung 2003 „Zur Heilung der Welt“.

* Anmerkung: Nach dem Landminen-Überwachungsbericht für 2004 hat sich die finanzielle Unterstützung für das Minenaktionsprogramm seit 1999 beträchtlich erhöht, die Unterstützung der Minenopfer ist jedoch zurückgegangen. Der Bericht stellt fest, dass die Bemühungen der ICBL, der Unterzeichnerstaaten, der internationalen und lokalen NGOs vor Ort sowie der Vertrag über das Minen-Verbot (mit einem umfassenden Verbot des Einsatzes, der Herstellung, der Weitergabe und der Lagerung von Antipersonen-Minen) erheblich dazu beigetragen hätten, die Öffentlichkeit auf die Rechte und auf die Not der überlebenden Minenopfer aufmerksam zu machen, und sie hätten die Überlebenden dazu befähigt, selbst um die erforderliche Hilfe zu kämpfen. In vielen von Minen-Explosionen betroffenen Ländern seien Programme durchgeführt worden, es bleibe aber noch viel zu tun, beispielsweise in Bezug auf geographisch flächendeckende Massnahmen, die finanzielle Absicherung und die Qualität der verfügbaren Einrichtungen.

Die ICBL begrüßte die Erklärung und den Aktionsplan des Gipfeltreffens für eine minenfreie Welt, das im November/Dezember 2004 in Nairobi stattgefunden und ein breites Spektrum an Massnahmen zum Kampf gegen Antipersonen-Minen in den nächsten fünf Jahren beschlossen hat, als „konkret und zukunftsweisend“. Die Antilandminen-Organisation erklärte, sie würde so lange Druck ausüben, bis Antipersonen-Minen in der Welt endgültig geächtet seien und der Vertrag über das Verbot der Minen in vollem Umfang eingehalten werde.

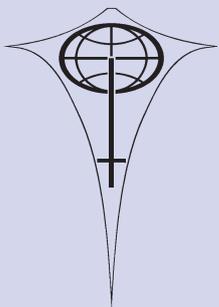
Mindestens 22 von Minen betroffene Staaten sind zurzeit dabei, einen Aktionsplan auszuarbeiten oder verfügen bereits über einen Aktionsplan, der sich der Bedürfnisse überlebender Minenopfer annimmt oder die Hilfe für Menschen mit Behinderungen verbessert. Einige Geberländer haben sich ferner zu ihrer Verpflichtung bekannt, Mittel zur Verfügung zu stellen, um die von Minen betroffenen Staaten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

Zweiter Ökumenischer Kirchentag 2010 in München geplant

Das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages (DEKT) und die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) haben Ende April bei Sitzungen in Fulda und in Bonn (beide Deutschland) jeweils einmütig beschlossen, „den zweiten Ökumenischen Kirchentag im Jahr 2010 in München durchführen zu wollen“. Beide Gremien gehen dabei davon aus, „dass eine gemeinsame Einladung der Ortskirchen erfolgt und die finanziellen Rahmenbedingungen für eine entsprechende

Grossveranstaltung geschaffen werden können“. Das genaue Datum für die zweite gemeinsame Grossveranstaltung der christlichen Laienorganisationen in Deutschland sowie sonstige Einzelheiten der Planung sollen erst nach weiteren Klärungen festgelegt werden. Der erste Ökumenische Kirchentag hatte unter dem Leitwort „Ihr sollt ein Segen sein“ vom 28. Mai bis 1. Juni 2003 in der Bundeshauptstadt Berlin mit mehr als 200.000 TeilnehmerInnen stattgefunden.

(129 Wörter)



Herausgegeben von:
Lutherischer Weltbund
150, route de Ferney
Postfach 2100
CH-1211 Genf 2, Schweiz
Telefon +41/22-791 61 11
Fax +41/22-791 66 30
E-Mail: info@lutheranworld.org
www.lutheranworld.org